

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementspreis 76 Pfennig
pro Quartal inkl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Sophienstraße 107, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserat:
pro Spaltweite 20 Pf.,
für Werbungsgebühren 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 18

Stuttgart, den 30. April 1904

20. Jahrgang

Bekanntmachung des Tarif-Amtes.

In einer am 14. April d. J. abgehaltenen Sitzung hat das Tarifamt nachstehende Geschäftsordnung für alle bestehenden und noch zu errichtenden Tariffchiedsgerichte der Buchbinder Deutschlands (laut § 8 der Tätigkeit des Tarifamtes) festgelegt.

Geschäftsordnung der Tariffchiedsgerichte der Buchbinder Deutschlands.

§ 1. Das Schiedsgericht hat den Zweck, Differenzen, die über Preise und Auslegung des zurzeit bestehenden Lohn tariffs entstehen, zu schlichten.

§ 2. Das Schiedsgericht besteht aus drei Prinzipalen, die dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer angehören oder ihm gegenüber Tarifstreue erklärt haben, und aus drei Gehilfen, die in Betrieben von Verbandsmitgliedern oder tarifstreuen Buchbindereibesitzern der eben bezeichneten Art beschäftigt sind, sowie je zwei Stellvertretern.

Wahlberechtigt je in ihrer Abteilung sind nur solche Personen, die nach Absatz 1 wählbar sind.

§ 3. Die Mitglieder des Schiedsgerichts, sowie deren Stellvertreter werden auf ein Jahr gewählt. Die Wahl hat alljährlich im Monat August zu geschehen und es läuft die Amtsdauer vom 1. September bis 31. August. Ausscheidende Mitglieder sind wieder wählbar.

Ordnungsgemäß gewählte Mitglieder behalten, auch wenn sie während dieses Jahres die Qualifikation (§ 2) verlieren, ihr Amt als Schiedsrichter bei.

§ 4. Das Schiedsgericht konstituiert sich durch Wahl eines Prinzipalvorsitzenden und eines Gehilfenvorsitzenden, sowie je eines Schriftführers.

Die Leitung der schiedsgerichtlichen Verhandlungen geschieht abwechselnd durch den Prinzipal- und durch den Gehilfenvorsitzenden.

§ 5. Die dem Schiedsgerichte zur Entscheidung zu überweisenden Streitfälle sind seitens der Prinzipale dem Prinzipalvorsitzenden, seitens der Gehilfen dem Gehilfenvorsitzenden unter genauer Darlegung des Sachverhaltes anzuzeigen.

Die eingegangenen Anzeigen haben sich die Vorsitzenden gegenseitig mitzuteilen.

§ 6. Das Schiedsgericht tritt, sobald die Vorsitzenden die angezeigten Fälle als vor das Forum des Schiedsgerichts gehörig anerkannt haben, in längstens 48 Stunden zusammen.

Den Mitgliedern sind bei der Einladung die zu verhandelnden Streitfälle bekannt zu geben.

Ist ein Mitglied am Erscheinen behindert, so hat es dies sofort dem Vorsitzenden seiner Gruppe mitzuteilen. Es ist darauf sofort ein Stellvertreter einzuberufen. Kläger und Beklagte sind von den Vorsitzenden ihrer Gruppe zu den Verhandlungen einzuladen.

§ 7. Den beiden Vorsitzenden steht die gemeinsame Schlichtung von Streitigkeiten zu. Sie haben darüber in der nächsten gemeinsamen Sitzung Bericht zu erstatten.

§ 8. Das Schiedsgericht ist beschlußfähig, wenn mindestens die Majorität der Mitglieder jeder Gruppe an der Sitzung teilnimmt. An der Abstimmung darf sich immer nur eine gleiche Anzahl von Prinzipalen und Gehilfen beteiligen. Die übrigen Mitglieder sind von der betreffenden Gruppe auszulassen und haben nur beratende Stimme.

Die Fassung der Beschlüsse geschieht nach einfacher Stimmenmehrheit.

Kommt wegen Stimmengleichheit ein Schiedspruch nicht zustande, so steht dem Kläger die Berufung an das Tarifamt offen.

Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sind in einem eigens für diesen Zweck anzulegenden Protokollbuch schriftlich niederzulegen und von den beiden Vorsitzenden, sowie den Schriftführern zu unterzeichnen, außerdem den beiden Parteien schriftlich und von beiden Vorsitzenden unterzeichnet zu zufassen.

Der Kläger hat persönlich zu erscheinen. Geschieht dies nicht, so ist seine Klage abzuweisen. Vermag er

sein Ausbleiben genügend zu entschuldigen, so ist neuer Termin anzuberaumen. Bei abermaligem Ausbleiben ist die Klage endgültig abzuweisen.

Wenn mehr als drei Personen als Kläger auftreten, so können sie sich vertreten lassen. Vertreter können nur solche Personen sein, die nach § 2 wählbar und wahlberechtigt sind.

§ 9. In Streitfällen, welche Mitglieder des Schiedsgerichts betreffen, sind diese von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

§ 10. Die Ämter bei dem Schiedsgerichte sind Ehrenämter.

Das Verfahren vor dem Schiedsgerichte ist kostenfrei. Eine Erstattungspflicht hat nicht statt.

S. Frißche, A. Bibel,
Prinzipalvertreter, Gehilfenvertreter,
Leipzig.

Gewerkschaftliche Umschau.

(Schluß.)

Der Lithographen- und Stein drucker-Verband zog sich ob des, im kürzlich abgeschlossenen Tarifvertrage der Chemigraphen enthaltenen Passus, daß Prinzipale nur Mitglieder der Gehilfenorganisation beschäftigen und umgekehrt Verbandsmitglieder nur bei Firmen, die dem Prinzipalverbande angehören, in Arbeit treten sollen, einen Angriff in Form eines Artikels in der „Neuen Zeit“ zu. Aus dem Artikel war zwar ersichtlich, daß der Verfasser ein Berufsangehöriger ist, aber nicht, daß er zur edlen Junft der Sonderbündler gehört, die bei dem Abschluß leer ausgingen. Das erklärt manches. Es ist deshalb begreiflich, wenn er den Abschluß für eine recht minimale Errungenschaft erklärt, die Tarifabmachungen wieder einmal quasi als in den Sumpf führend bezeichnet, besonders aber der fragliche Passus, durch den die Arbeiter die Prinzipalorganisationen fördern. In der „Graphischen Presse“ verteidigte daraufhin in zwei Artikeln jemand den Beschluß der Tarifkontrahenten und wies mit Aufführung der beruflichen Eigenarten, die solchen Beschluß schon rechtfertigen, und Ausführung gleicher Beschlüsse in anderen Gewerben nach, wie unzutreffend die geübte Kritik ist. — Die Tarifabmachung der Chemigraphen hat übrigens eine andere Seite, wie die unsere, trotz ihres bedeutend jüngeren Entstehungstages. Der Tarif scheint bereits allgemein eingeführt zu sein; das Tarifamt publiziert die Namen der tariflosen Firmen — das sollte ja wohl bei uns auch passieren, wir wagen aber daran gar nicht zu denken, solange nicht die einfachsten und notwendigsten Sachen von unserem Tarifamt zur Erledigung kommen.

Der Buchdruckerhilfsarbeiterverband befindet sich seit längerer Zeit mit dem Verband der Lithographen in Grenzstreitigkeiten, es wird darüber gestritten, zu welcher Organisation von beiden die Steinschleifer gehören. Eine Konferenz der beteiligten Organisationen im Herbst vergangenen Jahres entschied, daß die Generalversammlung des Verbandes der Stein drucker usw., die am 17. Juli d. J. in Dresden stattfindet, endgültig über die Frage entscheiden soll.

Zwifigkeiten, die sich vor Jahresfrist anlässlich der Aufstellung von Kandidaten zur Gewerbe gerichtswahl zwischen den Berliner Zentralorganisationen und den Lokalorganisationen ergaben, brachten damals den „Vorwärts“ zu der Anregung, von Parteiwegen einen Einigungsversuch zwischen den Zentralverbänden und Lokalorganisationen zu machen. Der Parteivorstand unterzog sich dieser undankbaren Mühe. Schon nach der ersten Sitzung erschien es für uns recht zweifelhaft, ob eine Einigung zustande kommen würde, denn die Lokalisten verlangten wieder in einer bombastischen Erklärung, daß ihnen ihre Selbständigkeit gewahrt bleiben müsse und sie sich nicht den Zentralorganisationen bedingungslos unterwerfen; ihr Kongreß solle übrigens darüber befinden. Durch die Inanspruchnahme des Parteivorstandes bei den Reichstagswahlen kamen die Verhandlungen ins Stocken, wurden nun

aber kürzlich wieder aufgenommen. Wie nicht anders zu erwarten, schlug die Sache fehl. Der Kongreß der Lokalisten hatte beschlossen, einer Einigung nur dann zugänglich zu sein, wenn nicht bloß bedingungslos ihre Selbständigkeit als Sonderorganisation anerkannt, sondern ihnen auch das Recht gewährt wird, sich über ganz Deutschland auszudehnen, ihre eigene Verwaltung, Kasse und Presse zu behalten, also das Recht, die Zerspaltung der Arbeiter, die sich jetzt in der Hauptsache auf Berlin und Umgebend beschränkt, auf das ganze Reich auszudehnen. Sie wollten ferner gegen einen Pauschalbeitrag das Recht haben, in allen Kongressen, Generalversammlungen und Kommissionen mitzuwirken zu sein und somit die Uneinigkeit auch in die innere Verwaltung unserer Gewerkschaften hineinzupflanzen. An den Unterstützungseinrichtungen der Verbände wollen sie nur nach eigenem Gutdünken teilnehmen. Außerdem knüpften sie an diese ihre „Einigungsbedingungen“ einige Erklärungen über korporative Arbeitsverträge, Arbeitsnachweise und Konsum- und Produktivgenossenschaften, die den Anschein erwecken sollen, als wenn ihre Mitglieder durch prinzipielle Gegensätze von denen der Verbände getrennt wären. Damit war ja eigentlich von vornherein jeder weitere Versuch zu einer Einigung illusorisch gemacht, welcher Ansicht der Vertreter des Parteivorstandes schon bei Eröffnung der Sitzung Ausdruck gab. Und so kam es denn auch. Nach ganz kurzer Tagung gingen beide Parteien nichtgeent auseinander. Der Klergarde wird dieses ihr Verhalten sicherlich nicht zum Vorteil gereichen und ihr in Arbeiterkreisen schon stark berangiertes Prestige nur noch weiter in Unordnung bringen. Die Folgen machen sich äußerlich auch schon stark dadurch bemerkbar, daß in einzelnen Verbänden, besonders bei den Maurern, eine starke Strömung zu einer Einigung zu verspüren ist, die nun, da eine solche aussichtslos ist, sich hoffentlich darin auflösen wird, daß eine größere Anzahl Lokalisten den Eigenbrödlern den Rücken kehren und in die Zentralverbände eintreten.

Eftern hielten mehrere Verbände ihre Generalversammlungen ab.

Die des Textilarbeiterverbandes beanspruchte das hervorragendste Interesse, hat doch diese Organisation durch den Crimmitschauer Kampf besonders die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Der Verband hat eine bedeutende Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen, seit Ende 1901 bis 1903 stieg die Mitgliederzahl von 29 740 auf 60 285, unter letzteren befinden sich 13 998 weibliche Mitglieder. Die Verbandskasse hatte bei 605 000 Mk. Einnahme eine Mehrausgabe von 76 000 Mk., demzufolge sank der Bestand auf 10 000 Mk. Der Crimmitschauer Kampf, der 146 Tage währte, kostete zirka 835 000 Mk.; über eine Million wurde von der deutschen Arbeitererschaft dafür gesammelt. Die Frage der Erhöhung der Beiträge verursachte eine rege Diskussion, an der sich auch der Vertreter der Generalkommission beteiligte, der darauf hinwies, daß es eine Ehrenpflicht der Textilarbeiter gegenüber der sie in ihrem Kampfe so reichlich unterstützten Arbeitererschaft sei, ihre Beiträge zu erhöhen. 63 gegen 54 Delegierte stimmten für eine Beitragserhöhung für die männlichen Mitglieder von 20 auf 30 Pf.; der Beitrag für die weiblichen Mitglieder wird bei 20 Pf. belassen, auch wird dem Verbandsvorstand die Ermächtigung erteilt, bei größeren Streiks eine Extraroste zu erheben. Die Anstellung besoldeter Gaubeamter soll in jenen Distrikten zunächst vollzogen werden, wo das dringendste Bedürfnis dafür vorliegt. Ueber die Einführung der Arbeitslosenunterstützung soll eine Urabstimmung stattfinden, die dann nach ausgearbeiteter Vorlage des Verbandsvorstandes dem nächsten Verbandstag zur Einführung vorgelegt werden soll. Die bereits bestehende Krankenunterstützung erfährt eine kleine Verbesserung, desgleichen wird die Gemäßregeltenunterstützung von 9 auf 12 Mk. für Lebige und 15 Mk. für Verheiratete erhöht, ferner die Höchstgrenze der Nutzungsunterstützung von 20 auf 40 Mk. In einer Resolution wird von der Regierung die Einführung des

gesetzlichen Zehnstundentags gefordert. Für den nächsten Gewerkschaftskongress, sowie für den internationalen Leptilarbeiterkongress nach Mailand werden je 12 Delegierte gewählt. Besterer Beschluß wird wohl in Arbeiterkreisen vielfach nicht besonders sympathisch begrüßen und sogar manchem, der unsere Meinung über den Wert der internationalen Kongresse nicht teilt, die Frage aufwerfen, ob es nicht angesichts der Verhältnisse, in der sich der Leptilarbeiterverband befindet, genügt hätte, wenn ein oder zwei Mann nach Mailand delegiert werden wären.

Der Generalversammlung der Maschinenisten und Heizer ging ein Kongress voraus, der in einer Resolution an den Reichstag folgende Forderungen stellt: Einführung einer einheitlichen Dampfesselgesetzgebung, Verbot der 24stündigen Wechselfahrt und Einführung von achtfünftägigen Schichten in solchen Betrieben, die eine Unterbrechung nicht gestatten, von Tag und Nacht gearbeitet werden muß, dazu eine 36stündige Ruhepause alle zwei Wochen, ferner eine höchstens 12stündige Arbeitszeit für Maschinenisten und Heizer der Dampfschiffe für Binnenschiffahrt, welche Personen befördern, und eine 36stündige Ruhepause alle zwei Wochen u. a. m.

Auf der sich hieran anschließenden Generalversammlung wurden die Beiträge von 20 auf 25 Pf. pro Woche erhöht und beschloffen, den Anschluß an den internationalen Bund der Transportarbeiter zu vollziehen. Die zum internationalen Transportarbeiterkongress gewählten Delegierten, die auch an dem darauffolgenden internationalen Kongress in Amsterdam teilnehmen werden, wurden beauftragt, dort in der Frage der Maifeier ein ernstes Wort zu reden, um sie entweder geschlossener zu begehen oder gänzlich einzustellen.

Die Handels-, Verkehrs- und Transportarbeiter befassen sich in eingehender Weise mit der Besprechung der Einleitung einer Bewegung zur Herbeiführung einer gesetzlichen Arbeitszeit. Nach einer veranstalteten Enquete hat die Hälfte aller im Fabrikwesen tätigen Arbeiter eine Arbeitszeit von mehr als 14 Stunden und nahezu 97 Prozent des Fahrpersonals würden zur Sonntagsarbeit herangezogen. Die Generalversammlung stipulierte deshalb eine Reihe Forderungen, die eine Regelung vorsehen. Gefordert wurde ferner die Schaffung einer Reichsverkehrsordnung, Errichtung von Fahr- und Fachschulen und die Einführung des Befähigungsnachweises für Fabrier. Einige Verbesserungen der Unterstützungseinrichtungen wurden beschloffen. Der Verband hat allein im letzten Jahre um 8500 Mitglieder zugenommen.

Die Kürschner klagten über die Ausbreitung der Heimarbeit im Verufe und wollen auf deren Beschränkung hinwirken. Für die Gewinnung der Arbeiterinnen als hinderlich wurde das Bestehen eines gewissen Kolonnensystems bezeichnet; der Arbeiter übernimmt nämlich einen Akkord und entschädigt die ihm bei der Arbeit behältlichen Arbeiterinnen aus seiner Tasche, dadurch wird er zum Lohnbriber, was weiter zur Folge hat, daß die Solidarität zwischen beiden untergraben wird. Beitragsserhöhung und untergeordnete Abänderungen der Unterstützungssätze wurden auch hier vorgenommen.

Der Verband der in der Wäsche- und Kravattenbranche Beschäftigten, eine junge Organisation, zählt 1000 Mitglieder. Die Beiträge wurden von 15 Pf. auf 25 Pf. für männliche und von 10 Pf. auf 15 Pf. für weibliche Mitglieder erhöht. Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung wird gezahlt je nach der Mitgliedschaft vier bis zehn Wochen lang in Höhe von 3,50 Mk. bis 5 Mk. die Woche.

Die Mühlenarbeiter haben von 1934 auf 3183 Mitglieder zugenommen. Der wöchentliche Beitrag wurde von 30 Pf. auf 40 Pf. erhöht. Die Unterstützungssätze erfahren eine Regelung; Sterbegeld wird je nach der Dauer der Mitgliedschaft in Höhe von 50 Mk. bis 200 Mk. gezahlt. Auch diese Generalversammlung stellt Forderungen an die Gesetzgebung. In einer Resolution wird über die Uebertretungen der Unternehmer bei den Bestimmungen über die Sonntagsruhe gesagt und der Vorstand ersucht, beim Bundesrat für Aufhebung der gegenwärtigen Bestimmungen und Herbeiführung eines Gesetzes zu petitionieren, welches die Sonntags- sowie die Nacharbeit verbietet und die Arbeitszeit für das Mädlergewerbe auf höchstens 10 Stunden festsetzt. Die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung wurde vorläufig zurückgestellt. Der Verband stellt einen besoldeten Beamten an.

Der Verband der Fleischer entwickelt sich trotz der besonderen Schwierigkeiten, die diesem in der Agitation begegnen, wenn auch langsam, so doch stetig aufwärts in der Zahl der Mitglieder, wie auch in finanzieller Beziehung. Auf der Generalversammlung wurde eine Vergrößerung und Ausgestaltung des Verbandsorgans gewünscht, einstweilen bewilligte man sich jedoch damit, daselbe anstatt monatlich 14tägig erscheinen zu lassen. In einer Debatte über zukünftige Streiks wurde betont, damit recht vorfristig zu Werke zu gehen. Der Beitrag wurde von 20 auf 30 Pf. pro Woche erhöht, ferner beschloffen, eine Krankenunterstützung einzuführen und zwar für männliche Mitglieder

nach einjähriger Mitgliedschaft mit 3 Mk. auf die Dauer von 7 Wochen, nach zweijähriger Mitgliedschaft 4 Mk. für weibliche Mitglieder 2 resp. 3 Mk. Die Kommission für Arbeiterstatistik veranstaltet eine Enquete über die Zustände im Fleischergewerbe, wozu der Verbandstag beschließt, den Bundesrat zu ersuchen, durch gesetzliche Bestimmungen einen zehntägigen Maximalarbeitstag für das Fleischergewerbe festzusetzen. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, ebenfalls eine Statistik darüber zu erheben, sowie eine solche über die Lehrlingszuchterei, um Maßnahmen dagegen ergreifen zu können.

Die Gastwirtsgesellschaften nahmen zunächst Stellung zur Antialkoholbewegung, wobei zum Ausdruck kam, daß sie keinerlei Veranlassung hätten, sich dieser feindlich gegenüber zu stellen. Eine größere Debatte verurteilte ein von drei Mitgliedern gestellter Antrag: Das Verbandsorgan solle sich jeder Parteipolitik fernhalten und sogar Maifeierinserate nicht veröffentlicht. Die Delegierten zweier dieser Mitgliedschaften erklärten, diesen Antrag nicht vertreten zu können, einer plädierte selbst für Ablehnung desselben. Der Verbandsvorstand, der zugleich Redakteur ist, wandte sich entschieden gegen den Antrag. Gerade für den Verband der Gastwirtsgehilfen sei es notwendig, daß er sich um Politik kümmere, wenn auch nicht um hohe Politik, so doch desto mehr um Sozialpolitik. Die Verbände der Gastwirtsgehilfen seien ja derart, daß sie ohne Eingreifen der Gesetzgebung eine Verbesserung ihrer Lage nicht zu erwarten haben. Seine Ausführungen fanden den Beifall der Delegierten; nur der Delegierte für Hannover erklärte sich gegen die Betreibung der Politik im Verband. Zur Organisierung der weiblichen Angestellten im Gastwirtsgerwebe wurde beschloffen, die in Süddeutschland beschäftigten Kellnerinnen für aufnahmefähig zu erklären, die in Animierteilen in Stellung befindlichen jedoch nicht. In einer Resolution wurden die Mitglieder zur strengen Ueberwachung der Einhaltung der bundesrätlichen Bestimmungen betreffend die Ruhezeit im Gastwirtsgerwebe ermahnt und ferner an die Regierung die Forderung gestellt, die Bundesratsbestimmungen in das Gesetz aufzunehmen, bezugleich wird verlangt, die im Gastwirtsgerwebe Beschäftigten gegen die Stellenwucherer zu schützen, und zwar dergestalt, daß durch Gesetz das Verbot jeder Stellenvermittlung gegen Entgelt angeordnet wird. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde debattenlos abgelehnt.

Auf der Generalversammlung des Steinarbeiterverbandes erklärte der Vorsitzende in seinem Geschäftsbericht unter anderem: „Die Kosten für die Streiks hätten um die Hälfte gelappt werden können, wenn man nach den Ansichten des Zentralvorstandes gehandelt hätte. Die letzte Waffe, der Streik, darf nur angewandt werden, wenn alle Organisationsmittel versagen. Wenn man streikt und sieht, daß nichts zu erreichen ist, soll man auch den Mut haben, den Streik als beendet zu erklären.“ Der Beitrag wird in drei Klassen mit 40, 35 und 30 Pf. pro Woche festgesetzt und dementsprechend die Streikunterstützung mit 12, 10 und 8 Mk. nebst Zuschlägen von 1, 0,75 und 0,50 Mk. für je ein Kind. Besondere Beachtung verdient die Behandlung der Anträge, die auf Anstellung besoldeter Gauleiter gerichtet sind. Der Zentralvorstand präzisierete seinen Standpunkt dazu in einer Resolution, die, von den Delegierten akzeptiert, folgendes besagt: Den Konferenzen der Goue soll anempfohlen werden, zu beschließen, daß pro Mitglied und Quartal ein bestimmter Betrag an die Gaukasse abgeliefert wird. Wird nun in einem Gau ein besoldeter Beamter für denselben angestellt, so sollen die Mitglieder 5 Pf. Extrabeitrag dafür abliefern. Reicht die hierdurch erzielte Einnahme zur Deckung der daraus entstehenden Kosten nicht aus, so kann der Verbandsvorstand bis zu 500 Mk. jährlich gewähren. — Damit würde also die Verbandskasse nicht unwesentlich entlastet, die Zuschüsse sollen sich trotzdem noch auf etwa 7500 Mk. belaufen, weil der Wunsch auf Anstellung besoldeter Gauleiter zahlreich erhoben wird. Nach einem Referat des Redakteurs Staudinger über die Durchführung der Bundesratsverordnung, in dem er zahlreiche Fälle der Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen anführte, gelangte eine Resolution zur Annahme, die ihr Bedauern darüber ausdrückt, daß diese so äußerst mangelhaft durchgeführt werden und die an den Bundesrat das Ersuchen richtet, der Petition der Unternehmer, welche eine Aufhebung dieser bundesrätlichen Bestimmungen verlangt, nicht stattzugeben. Besprechungen über internationale Beziehungen der Steinarbeiter schlossen den Kongress.

Bericht von der Konferenz des X. Gaus.

Abgehalten am 17. April in Düsseldorf.

Nachdem die Zahlstelle Düsseldorf zu ihrem 18. Stiftungsfest Einladungen an die umliegenden Zahlstellen hatte ergehen lassen, küßte unser Gau-

vorstehender Grönhoff sich veranlaßt, bei dieser Gelegenheit eine Zusammenkunft der Mitglieder des X. Gaus am Sonntag den 17. April nachmittags einzuberufen, welche denn auch wider Erwarten stark besucht war. Vertreten waren die Zahlstellen: Aachen, Barmen, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Gelsenkirchen, Dören, Cresfeld, Köln, Mühlheim-(Ruhr), Oberhausen, Lüdenscheid, Solingen, entschuldigt war Hagen, Dortmund fehlte, insgesamt waren ca. 60 Mitglieder anwesend.

In einer Begrüßungsansprache an die anwesenden Kollegen hob Grönhoff hervor, daß die Konferenz als eine zwanglose Besprechung angesehen werden müsse. Zur Leitung der Verhandlungen wird Meyer als Beisitzer und Guch als Schriftführer bestimmt, beide in Düsseldorf.

Grönhoff geht alsdann auf die bevorstehende Neugründung des christlichen Buchbinderverbandes näher ein und betont, daß wir zufrieden sein könnten, daß die Christlichen in Keoelaeer Fuß gefaßt hätten, nur müßte man dem Augenmerk schenken, ob es denn den Christlichen wirklich ernst sei, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Garfch-Essen wendet sich gegen die Ausführungen Grönhoffs. Er ist der Meinung, daß die Christlichen gar nicht so harmlos seien und die Neugründung nur als eine Zersplitterung angesehen werden müsse, hier müßte ganz energig Front gemacht werden, damit diese Organisation nicht erst aufkäme. Schildbach-Düsseldorf ist der Meinung, daß bei Lohnbewegungen sich teilweise mit den christlichen Organisationen ganz gut arbeiten ließe. Er meint weiter, je mehr man die Leute bekämpft, desto stärker würden sie, nur durch eine kluge Taktik könne man ein tatkräftiges Arbeiten ihrerseits verhindern; es müsse für die Ausbreitung der Gauorganisation Sorge getragen werden, und den Zahlstellen die Pflicht auferlegt, bestimmte Beiträge an die Gaukasse abzuführen. Nachdem noch verschiedene Redner ihre Ansicht dahingehend kund gaben, daß man gegen die bevorstehende Neugründung des christlichen Buchbinderverbandes Front machen müsse, sprachen sich die meisten Redner dahin aus, vorläufig die Christlichen in Ruhe zu lassen, abzuwarten und gegebenenfalls einzuschreiten. Eine hierauf von Schildbach eingebrachte Resolution folgenden Wortlauts wurde angenommen:

Die Kollegen Rheinland und Westfalens erklären die Gründung eines christlichen Buchbinderverbandes für eine weitere Zersplitterung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, die jeder gerechten, im Interesse der Verbesserung der Arbeiterlage liegenden Grundlage entbehrt, und verpflichten sich, an den neutralen Maximen der Organisation festhaltend, mit allen Kräften für die Ausbreitung des Deutschen Buchbinderverbandes einzutreten.

Sodann wurden die Anträge für den bevorstehenden Verbandstag beraten. Grönhoff ist der Meinung, Anträge nicht überhäuft von ein und derselben Zahlstelle zu stellen, weil dadurch die Arbeit für den Verbandsvorstand wesentlich erschwert wird. Vor allen Dingen müßte man auf dem Verbandstag den weiblichen Mitgliedern entgegenkommen zeigen durch Einführung einer Kranken- und Witwenunterstützung. Die weiteren Redner sprachen sich sämtlich für Erhöhung des Beitrags aus, weil man nur dann höhere Unterstützungen einführen könne, sie erblickten darin eine Stärkung der Organisation. Grönhoff gibt seiner Freude Ausdruck, daß alle hier anwesenden Kollegen bereit sind, für die Erhöhung des Beitrags einzutreten. Eine von Schildbach eingebrachte Resolution wurde angenommen:

„Die Zusammenkunft des Gaus X erklärt sich für eine Erhöhung der Beiträge auf 40 Pf. für männliche Mitglieder unter Beibehaltung der gegenwärtigen Unterstützungssätze, unter Verschiebung der Karenzzeit. Oder für eine Erhöhung der Beiträge bis auf 50 Pf. bzw. 25 Pf., unter Erhöhung der bestehenden Unterstützungssätze oder Einführung neuer Unterstützungszweige. Als neue Unterstützungszweige hält die Zusammenkunft die Einführung eines Krankengeldzuschusses für am geeignetsten, die stufenweise nach Lohnsätzen berechnete Beitragserhebung hält die Zusammenkunft für schädlich. Hingegen eine fakultative Einführung einer Beitragsstaffel für Un- und Hilfsarbeiter für förderlich.“

Wegen vorgerückter Zeit mußten die Vertreter von Bündenheid und Düren abreisen und verabschiedet Grönhoff die beiden Kollegen in warmen Worten und wünscht, daß dieselben in derselben Mühigkeit weiter agitieren wie bisher.

Ueber „Unsere Tarifbewegung“ spricht zunächst Carisch. Derselbe tritt hierbei zunächst mit aller Entschiedenheit für die Anstellung eines besoldeten Beamten für Rheinland und Westfalen ein. Schilb-bach ist mit dem heutigen Tarif nicht zufrieden, er kritisiert dabei scharf das Verhalten des Zentralvorstandes und geht in längeren Ausführungen auf die Lohnbewegung in Hannover ein, dort sei gerade Dietrich der schuldige Teil gewesen, daß solche negative Erfolge zustande gekommen sind (?); er ist der Meinung, daß eine derartige Stimmung, wie sie damals in Hannover war, anders ausgenutzt hätte werden müssen. Eine von Carisch eingebrachte Resolution folgenden Wortlauts wurde angenommen:

„Die am 17. April 1904 in Düsseldorf versammelten Kollegen aus Rheinland und Westfalen beantragen auf Grund der diesbezüglichen auf der Konferenz in Mühlheim gefaßten „Eßener Resolution“, der Verbandstag möge beschließen, für Rheinland und Westfalen einen besoldeten Gauleiter auf Kosten der Verbandskasse anzustellen.“

Hierauf brachte Carisch in längeren Ausführungen die Launigkeit der Dortmunder Kollegenschaft zur Sprache. Er meinte, um die Agitation kühnere sich Dortmund überhaupt nicht, er beantrage daher, das Agitationskomitee für Rheinland und Westfalen nach Essen zu verlegen. Die Versammelten stimmten dem Antrag Carisch zu.

Zum Schluß ergriff Grönhoff das Wort und ermahnt, zum Wohle des Verbandes tüchtig zu arbeiten, bis auch der letzte Kollege und die letzte Kollegin in Rheinland und Westfalen dem Deutschen Buchbinderverband angehöre. Ein von ihm aus-gebrachtes kräftiges Hoch auf unseren Verband fand brausenden Widerhall.

Düsseldorf.

Jos. Buch.

Bericht vom Gantag des XI. Gauces.

Abgehalten am 10. April zu Darmstadt.

Der Gauvorsitzende Getrost eröffnet den Gantag und begrüßt die anwesenden Delegierten und Gäste. Nach der verlesenen Präsenzliste waren vertreten: der Gauvorstand durch Getrost und Häßler, die Zahlstelle Frankfurt durch Hinsche und Steiding, Darmstadt durch Blankenburg, Mainz durch Merk, Offenbach durch Kienzle und Lohr, Wiesbaden durch Würker und die Einzelmitglieder in Hanau durch Schwegler. Für die Leitung des Gantages wurden bestimmt: Kienzle als erster, Hinsche als zweiter Vorsitzender, Lohr und Häßler als Schriftführer. Die Tagesordnung wird nach einer Aenderung wie folgt festgesetzt: 1. Geschäftsbericht des Gauvorstandes. 2. Bericht der Zahlstellen. 3. Unsere Lohnbewegung. 4. Anträge zum Verbandstag. 5. Anträge zum Gantag. 6. Verschiedenes.

Zu dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht des Gauvorstandes gibt der Gauvorsitzende noch einige Erläuterungen, so bezüglich der Agitation in Gießen, Marburg, Hanau, Wehlar, Fulda und Limburg. Einem Kollegen sei Rechtschutz gewährt worden. Derselben wurde vom Prinzipal der Arbeitsantritt verweigert, da die Stelle bereits besetzt sei. Das Amtsgericht Dingelstädt verurteilte den Beklagten zur Zahlung von 39 Mk. — Die Aufnahme einer Gaustatistik scheiterte zum Teil an der schlechten Verbindung der Zahlstellen mit dem Gau, zum anderen Teile an der Säumnigkeit der örtlichen Funktionäre.

Hinsche ist mit der Tätigkeit des Gauvorstandes zufriedengestellt. Er spricht sein lebhaftes Bedauern über das Eingehen der Zahlstelle Hanau aus und kritisiert hauptsächlich die Tätigkeit des früheren Bevollmächtigten Lang, welcher seiner Meinung nach auf keinen Fall seine Schuldigkeit getan haben kann. Weiter geht Redner auf die Lohnbewegung in Darmstadt und deren ungünstigen Verlauf ein. Um den Abschluß von Tarifvereinbarungen herbeizuführen, wünscht er, daß die Zahlstellen des Gauces gemeinsam etwas zu erreichen versuchen. Lohr hat an der Tätigkeit des Gauvorstandes nichts zu monieren, er konstatiert, daß

das Verhältnis des Gauvorstandes zur Zahlstelle Offenbach ein innigeres geworden sei. Steiding schließt sich den Vorrednern an, bemängelt nur noch den im Bericht gebrauchten Ausdruck „Parade-pferd“ bezüglich des Gauarbeitsnachweises und schildert die Schwierigkeiten, die demselben besonders an den Orten, an denen städtische Arbeitsnachweise bestehen, entgegentreten. Hinsche wünscht noch eine alljährliche Berichterstattung des Gauvorstandes.

Hierauf folgen die Berichte der Zahlstellen. Der anwesende Darmstädter Delegierte Blankenburg, sowie der frühere Vorsitzende Scheffel waren nicht in der Lage, Bericht geben zu können, worauf der von Frankfurt anwesende Kollege Knecht, der früher in der Darmstädter Verwaltung tätig war, einspringen mußte. (Sehr bezeichnend für den Verlauf und Ausgang der Darmstädter Lohnbewegung! D. B.) Knecht berichtet: In Darmstadt sind 22 Buchbindereien, welche 56 Gehilfen beschäftigen; davon waren während der Bewegung 34 Gehilfen organisiert, jetzt sind es noch 20. Die Arbeitszeit ist durchschnittlich 10 Stunden, der Lohn beträgt 27—31 Pf. pro Stunde. Das Resultat der Bewegung sei doch nicht zu verkennen, da immerhin einige Lohnzulagen und Arbeitszeitverkürzungen zu verzeichnen seien. Steiding wundert sich über den Bericht von Darmstadt. Er kritisiert noch das nicht sehr rühmliche Verhalten einiger tätigen Kollegen und kommt zu dem Schluß, daß wohl lediglich die leitenden Personen für den Ausgang der Bewegung verantwortlich zu machen seien. Getrost bemängelt die Berichterstattung der Darmstädter Verwaltung, er hält es für völlig ausgeschlossen, daß dem Gau- und Zentralvorstande Vorwürfe wegen dem Ausgange der Darmstädter Bewegung gemacht werden können. Redner wünscht, daß sich die Vorkommisse, die sich bei der Darmstädter Bewegung ereignet haben, alle anderen Zahlstellen zur Warnung dienen lassen sollen. Scheffel-Darmstadt gibt noch einige Aufklärungen in bezug auf verspätetes Einladen und Anschlagenlassen von Plakaten zu öffentlichen Versammlungen. Steiding bemängelt hauptsächlich den raschen Wechsel in der Darmstädter Verwaltung, welcher ebenfalls störend auf die Bewegung eingewirkt habe. Scheffel präzisiert die Gründe, die ihn veran-lassten, als Vorsitzender sein Amt niederzulegen. Er habe die Lohnbewegung, die wider seinen Willen beschlossen worden sei, nicht leiten können.

In der Nachmittagsitzung berichtet Hinsche, daß in Frankfurt die Verhältnisse so ziemlich dieselben seien. Von 500 männlichen und ebensoviel weiblichen Berufsangehörigen seien 110 bzw. 20 organisiert. Trotzdem der Minimallohn auf 21 Mk. festgesetzt sei, seien eine ziemliche Anzahl Kollegen vorhanden, die unter demselben beschäftigt werden. Hierin müsse Remedur geschaffen werden. Redner streift noch die Vorgänge beim Streik bei Dr. Krügener und kommt dabei zu dem Resultat, daß unsere Bestrebungen durch organisierte Portefeuilier geschädigt worden seien. Steiding macht noch einige Angaben über die Lohnverhältnisse der Kartonnagearbeiter und -Arbeiterinnen und wünscht insbesondere, daß auch diese bei einer eventuellen Bewegung mit zu berücksichtigen seien.

Merk schildert in anschaulicher Weise die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Mainz. Aus dem sehr umfangreichen Bericht geben wir folgendes wieder. Nach der alljährlich unternommenen statistischen Erhebung läßt sich für 1903 etwa folgendes feststellen: Es sind in 23 Betrieben 80 männliche und 77 weibliche Personen beschäftigt, ferner 4 Lehrlinge. Von diesen 23 Betrieben sind 14 Buch-betriebsweise Buch- und Steindruckereien, 7 Buchbindereien, 1 Transportgesellschaft und 1 Etuis-geschäft. Der durchschnittliche Lohn aller Beschäftigten beträgt 19,90 Mk. Bis zu 18 Mk. erhalten 32 Arbeiter, bis zu 20 Mk. 51 Arbeiter und über 20 Mk. 27 Arbeiter. In Buchdruckereien sind insgesamt 51 Arbeiter beschäftigt. Der Durchschnittslohn beträgt hier 20,27 Mk. In Buchbindereien sind beschäftigt 25 Arbeiter. Die Löhne schwanken zwischen 11 und 32 Mk., Durchschnittslohn ist 18,84 Mk. Die Löhne der weiblichen Berufsangehörigen schwanken zwischen 5 und 16 Mk., Durchschnittslohn 6,83 Mk. Die Mitgliederzahl ist durch Werkstubenagitation auf 34 gestiegen, eine Zahl, die seit Bestehen der Zahlstelle noch nicht erreicht wurde. Als ein besonders hinderlicher Grund für

die Durchführbarkeit einer eventuell zu unter-nehmenden Lohnbewegung müßte der allzugroße Individualismus einer Anzahl früher sehr tätiger Kollegen betrachtet werden.

Von Offenbach berichtet Lohr, daß die letzten zwei Jahre der Zahlstelle einige Schwärmel mit Unternehmern brachten. Trotz öfteren starken Mit-gliederverlustes infolge des brutalen Vorgehens einiger Fabrikanten habe die Zahlstelle ihren Mit-gliederstand behauptet. Kienzle schildert noch einige Vorkommisse, speziell bei der Firma Diegel, und gibt einen klaren Überblick über Mitgliederbewegung und der ausgezahlten Unterstützungsgeber, welche letztere sich insgesamt für Streik- und Gemaßregelun-terstützung auf 615 Mk. belaufen.

Von Wiesbaden berichtet Würker, daß in letzter Zeit die Organisationsverhältnisse etwas besser geworden sind. Die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt 18. Trotzdem sei noch viel zu tun, um den Individualismus der großen Mehrzahl der Berufsangehörigen zu beseitigen. Merk beauftragt die Trennung der Zahlstelle Wiesbaden von Mainz.

Schwegler-Hanau konstatiert, daß sich die Mit-gliederzahl jetzt auf 8 belaufe und seitens des Gauvorstandes die Agitation kräftig unterstützt worden sei.

Sodann referiert Getrost über „Unsere Lohn-bewegung“. Das lebhafteste Vorgehen anderer Städte zwecks Tarifverbereitung, so führte er aus, veranlasse auch uns, daran zu gehen, tarifliche Vereinbarungen abzuschließen. Wenn auch in größeren Städten mehr mit Erfolg gearbeitet werden könne, so sei doch in vielen Städten die Mutlosigkeit der Kollegen daran schuld, daß noch nicht mehr erreicht wurde. Demnach müsse sich auch die einzuschlagende Taktik auf anderer Basis bewegen, insbesondere sei für jeden Fall zu prüfen, ob nicht sofortige Arbeits-niederlegung erst anzubahnenen Verhandlungen vorzuziehen sei. Diese Frage unterzieht Redner einer eingehenden Betrachtung und kommt dabei zu dem Resultat, daß dieselbe bei jeder Bewegung nicht aus dem Auge gelassen werden solle. Auf die Unterstützungsfrage zu sprechen kommend, betont Redner, daß auch für die nötige Munition gesorgt werden müsse, um einerseits den beteiligten Kollegen einen kleinen Zuschuß gewähren zu können, ander-seits aber auch, um die leitenden Kollegen schadlos zu halten. Nachdem so die Vorbereitungen alle sorgfältig getroffen seien, könne auch mit Zuversicht der Kampf gewagt werden. Folgende Resolution wird vom Referenten zur Annahme empfohlen:

„In Erwägung, daß die Arbeitsverhältnisse unseres Gewerbes in unserem Gau dringend einer Besserung bedürfen, erachtet es der Gantag für eine Pflicht der Mitglieder, insbesondere der Zahlstellen, kein Mittel der Agitation unverzucht zu lassen, um die noch Fernstehenden als Mit-glieder zu werben, so daß wir, sobald die Ar-beits- und Organisationsverhältnisse es gestatten, eine Lohnbewegung einleiten können.“

Als beste Art der Agitation empfiehlt der Gantag die durch Werkstubenversammlungen, in denen die Kollegen auf die Bewegung vorbereitet werden sollen. Ferner die Aufnahme von Statistiken, da bei einer Lohnbewegung die genaue Kenntnis der Verhältnisse unerlässlich ist. Ge-statten diese nach unverzüglich intensiver Agi-tation ein Vorgehen noch in diesem Jahre, so soll damit nicht gezögert werden.

Des weiteren empfiehlt der Gantag den Zahl-stellen die Einführung eines Lokalzuschlags von 10 Pf. pro Woche und Mitglied, die haupt-sächlich zu Zwecken der Lohnbewegung zu ver-wenden sind.“

Dazu stehen noch zwei Resolutionen von Offenbach zur Diskussion. Dieselben lauten:

1. In Erwägung, daß eine Lohnbewegung nur dann mit Erfolg durchgeführt werden kann, wenn ihr eine genaue Kenntnis der tatsächlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Grundlage dient, be-auftragt der heutige Gantag den Gauvorstand, eine gewissenhafte Lohnstatistik für den Gau aufzunehmen.

2. Der heutige Gantag möge beschließen, den Gau XI in Agitationsbezirke einzuteilen. Steiding empfiehlt, bei geplanter Bewegung Vorsicht walten zu lassen. Kienzle meint, daß es notwendig sei darauf hinzuwirken, daß die Unter-stützungsfrage lediglich aus zentralen Mitteln ge-regelt werden soll. Lohr begründet die Resolution 1. Die Hauptaufgabe der Gauleiter sei die Gewinnung

von Mitgliedern an Orten, an welchen Zahlstellen nicht bestehen. Da aber der Gauvorstand mit seiner jetzigen Arbeit schon zu stark belastet sei, um neue Verbindungen anknüpfen zu können, andererseits aber auch gerade diese Kollegen die Reservearmee für die Fabrikanten bei Lohnbewegungen bilden und damit diese nicht sehr selten zu schanden machen, sei es an der Zeit, für Abhilfe zu sorgen. Auch in bezug auf die Mitgliederzahl sei der Gau XI einer der kleinsten und schlechtesten, was jedenfalls nicht zugunsten einer Lohnbewegung spreche. Hinsche und Knecht glauben mit der Bezirkseinteilung keine Erfolge erzielen zu können. Letzterer regt an, öfter kombinierte Sitzungen der örtlichen Funktionäre stattfinden zu lassen und spricht sich für die Einführung eines Extrabeitrags aus. Kienzle ist gegen die Erhebung eines Extrabeitrags, da der Verbandstag doch eine Beitragserhöhung bringen werde. Hinsche meint, wenn man gegen die Extrasteuer stimme, sei man im Prinzip auch gegen die Lohnbewegung. Die Abstimmung ergibt die Annahme der Resolution des Gauvorstandes gegen eine Stimme. Hiermit ist gleichzeitig die Resolution I Offenbach erledigt, wogegen die Resolution II zurückgezogen wird.

Auf Antrag Hinsche wird der vorgeschrittenen Zeit wegen Punkt 4 von der Tagesordnung gestrichen. Haßler begründet den folgenden Antrag des Gauvorstandes:

„Gautage finden nach Bedarf durch Urabstimmung statt. Der Vorstand muß hierüber eine solche vornehmen, wenn $\frac{1}{3}$ der Mitglieder des Gauces die Abhaltung eines Gautags beantragt. Die Unterstützung des Antrags durch die vorgeschriebene Zahl Mitglieder zu erhalten, ist Sache des antragstellenden Mitglieds. Bei absoluter Majorität für den Antrag gilt die Abhaltung eines Gautags als beschlossen. In besonderen Fällen kann der Gauvorstand einen Gautag einberufen.“

Dieser Antrag wird gegen eine Stimme abgelehnt. Die Anregung Knechts, nach Bedarf, mindestens aber halbjährlich kombinierte Sitzungen der Zahlstellenvorstände abzuhalten, wird von Lohr zum Antrag erhoben. Dieser wird einstimmig angenommen. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte ersucht Haßler die Kollegen, für Verbreitung der Arbeiterpresse zu sorgen. Bezüglich der Delegationskosten wird der Mainzer Beschluß beibehalten. Dieselben sind von den Zahlstellen zu tragen, wogegen die Kosten des Gautags prozentual den Zahlstellen aufgerechnet werden. Quartalsberichte der Zahlstellen sollen vier Wochen nach Quartalschluß, wenn noch nicht eingegangen, vom Gauvorstand eingefordert werden.

Nach kurzem Resümee des Vorsitzenden schließt derselbe mit einem kräftigen Hoch auf den Buchbinderverband um 8 Uhr den Gautag.

Nudolf Lohr. Karl Haßler.

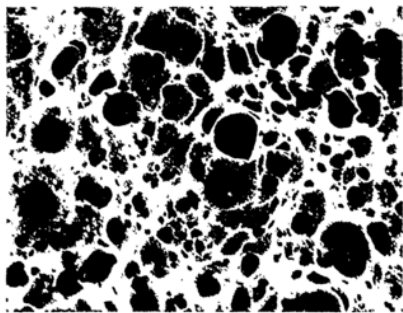
Das Marmorieren

von seinen Anfängen bis zur Gegenwart.

IV.

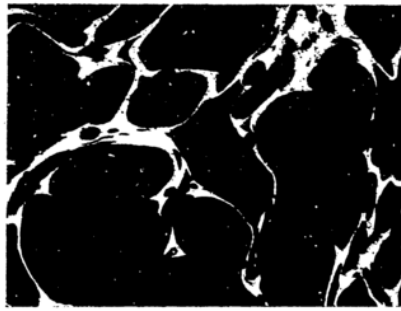
Der Türkischmarmor.

Dieser erfordert einen etwas schwächeren Grund, wie er zu gezogenen Schnitten gebräuchlich ist, weil sich hier die Farben mehr ausbreiten müssen. Man richtet die Farben wie zum Kammschnitt vor. Der

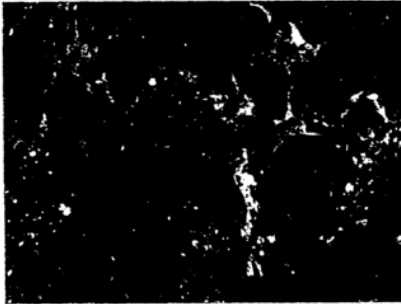


Grund wird dann etwas verdünnt, man sprengt Zinkweiß auf und dann in kleinen Tropfen mit dem Reiskrohpinsel noch zwei Farben.

Dann kommt die Grundfarbe. Diese erhält so viel Gallenzusatz, daß sie die vorhergehenden in Adern treibt.



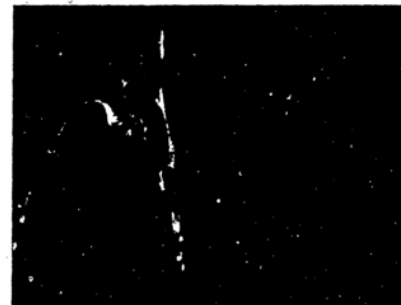
Dieser einfache türkische Marmor kommt aber fast gar nicht mehr zur Verwendung, sondern er wird in feineren Mustern ausgeführt, zum Beispiel durch



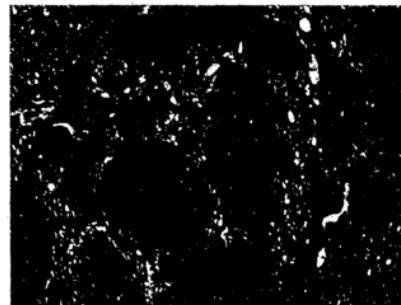
Einsprengen kleinerer Farbtropfen, oder durch Einziehen von Schnecken wie beim Kammschnitt.



Ferner läßt sich ein sehr schöner Marmor erzielen durch Einsprengen schraffierter Farbtropfen.

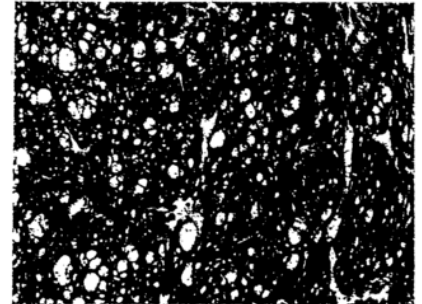


Man kann diesen kleinen Kniff auch anwenden, indem man diese Farbe als Grund nimmt und darauf noch dunkle Tropfen einsprengt.



Durch diese netzartig zerrissenen Tropfen kommt der Grund wieder zum Vorschein, welchen man

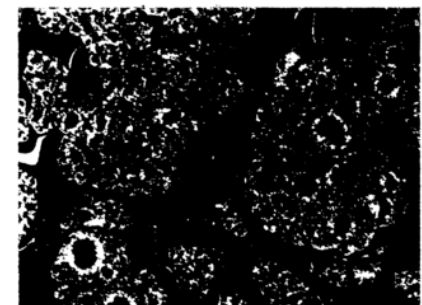
mit einer blaffen Farbe gefärbt hat. Sind zum Beispiel die Adern schwarz und rot, der Grund olivgrün, rot oder gelb (man läßt ihn auch weiß), so sind mit denselben Farben mehrere verschiedene nuancierte Muster zu erzielen. Man sieht daran, wie dankbar dieser kleine Kniff ist. Die Farbe zu diesen Tropfen stellt man her, indem man denselben einige Tropfen gereinigtes Terpentinöl zusetzt, dann erscheint sie in netzartigen Tropfen.



Aufgesprengt wird diese Farbe mit dem Reiskrohpinsel. Ein anderes Muster entsteht, wenn man das Papier ruckweise eintaucht, wodurch der Grund wellenartig wird. Diesen Marmor nennt man den griechischen.



Zu dem türkischen Marmor ist auch der Sonnenmarmor zu rechnen, der dadurch entsteht, daß in den fertigen gezogenen oder türkischen Schnitt strahlenartige Flecken eingesprengt werden. Seine Herstellung ist eine sehr schwierige; er gelingt nicht immer. Man nimmt Farbe, welche wenig oder keine Galle hat, am geeignetsten ist die von Raft & Ehinger, und setzt ihr als treibende Kräfte einige Tropfen Creolin zu, dies treibt sie flockenartig auseinander.



Man gebe man tropfenweise Kaltwasser und starke Potaschenlösung in Tropfen zu, diese ver-



einigt die Flocken zu festen Punkten; die schweren Farbenteile bilden dann die Strahlen.

Internationales.

Die Aussperrung in Dänemark. Noch immer ist keine Veränderung der allgemeinen Lage eingetreten. Es wäre jedoch verfehlt, aus der langen Dauer des Kampfes zu schließen, daß die Lage ungünstig ist für unsere Kollegen. Man ist in den skandinavischen Ländern an langdauernde gewerkschaftliche Kämpfe gewöhnt und kann sie auch, gestützt auf eine weitgehende Solidarität der ganzen Arbeiterklasse, aushalten und mit Erfolg durchführen. Die wenigen Streikbrecher, die sich nun doch eingefunden haben, können den Arbeitgebern wenig nützen.

Übrigens erfreuen sich unsere ausgesperrten Kollegen einer weitgehenden Sympathie, die sich auch in die Kreise des Bürgertums erstreckt. Bei den Unterhaltungen, die für die Aussperrten veranstaltet werden, wirken angesehenere Künstler und Künstlerinnen mit durch Musik, Gesang, Vorträge und Vorträge. Ebenso gibt das „Arbeitertheater“ Vorstellungen zugunsten der Aussperrten. Sogar ein Barbier bietet unseren Kollegen seine Dienste gratis an.

Korrespondenzen.

Berlin. In der am Donnerstag den 21. April stattgefundenen Arbeiterinnenversammlung der Zahlstelle referierte Kollegin Fieber über die Anträge zum Verbandstag.

In ihren Ausführungen empfahl die Referentin die Annahme der von der Zahlstelle Berlin vorgeschlagenen Erhöhung der Beiträge und die Einführung des Zuschusses zur Brautaussteuer und der Wöchnerinnenunterstützung, wie diese der kombinierten Vertrauenspersonenversammlung und der Mitgliederversammlung vorgelegen. Nach einer eingehenden Schilderung der Vorteile der Arbeitslosenunterstützung und deren Wirkung auf Angebot und Nachfrage wurde seitens der Referentin vorgeschlagen, dem Antrage der kombinierten Verwaltungsführung, für weibliche Mitglieder

nach 26wöchiger Mitgl. und Beitragsleistung 10 Mk.		
= 52	=	20
= 150	=	40
= 200	=	50

Arbeitslosenunterstützung zu gewähren, zuzustimmen. Desgleichen den von der Mitgliederversammlung abgelehnten Antrag auf Einführung von Hinterbliebenenunterstützung anzunehmen. Dem Vorschlag, eine Unterstützung in Krankheitsfällen einzuführen, könne bei dieser minimalen Erhöhung der Beiträge keine Zustimmung gegeben werden, da nach einer Berechnung, welche der kombinierten Verwaltungsführung vorgelegen, diese mehr erfordert, als die durch Beitragserhöhung erzielte Mehreinnahme. Nach lebhafter eingehender Diskussion wurde von der Einführung von Krankenzuschuß und Hinterbliebenenunterstützung Abstand genommen.

Dem vorliegenden Antrag auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und der Einführung von Brautaussteuer- und Wöchnerinnenzuschuß wurde zugestimmt. Folgende Anträge wurden angenommen:

Die Karenzzeit beim Bezuge von Arbeitslosenunterstützung von vier Tage auf zwei Tage zu verringern und diese vom zweiten Tage der Arbeitslosigkeit an auszuzahlen.

Den § 24 dahingehend abzuändern, daß er lautet: Umzugskosten an Mitglieder, welche einen eigenen Hausstand haben und anderweitig in ein Arbeitsverhältnis treten, usw.

Ferner: die Mitgliedschaft weiblicher Mitglieder, welche vorübergehend die Arbeit aufgeben (durch Verheiratung usw.), ruht bis auf die Dauer von zwei Jahren, wenn diese dies beantragen.

Dessau. Unsere am 11. April stattgefundenen Versammlung hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Herr Redakteur Günther hielt zunächst einen sehr lehrreichen, für die Zuhörer äußerst interessanten Vortrag über Invaliden- und Altersversicherung. Das Thema war gewählt aus Anlaß eines Unfalls, welchen ein Kollege erlitten und infolge zu später Anmeldung ohne weitere Verfolgung bleiben muß.

Sodann beschloß die Versammlung, Anträge zum Verbandstag nicht zu stellen, aber den Antrag betreffend Abänderung des § 20 zu unterstützen.

Der erhöhte Beitrag zur Lokalkasse soll bis 1. Juli weiter erhoben werden. Die Versammlung beschließt Aufhebung der Sperre über die Firma F. A. Seiler, um wieder Fühlung mit den dort arbeitenden Kollegen zu erhalten. Hierauf verlas der Vorsitzende eine Zuschrift des Gauvorsitzenden Herzberg betreffs Errichtung einer Gaukranken-Kasse. Die Versammlung beschließt, die Sache bis nach dem Verbandstag zu vertagen. Ferner wird der Kollege Rarrack ausgeschlossen, da er alle Mahnungen nicht berücksichtigte. Unser Kassierer, welcher infolge dieser unliebsamen Sache sein Amt niedergelegt hatte, erklärte sich wieder bereit, sein Amt zu behalten, nachdem die Versammlung ihm ihr Vertrauen ausgesprochen. Nachdem noch eine Einladung zu einem Marmorierkursus verlesen, erfolgt Schluß der interessanten Versammlung.

Kostock. In unserer Generalversammlung vom 16. April gab zunächst Schöne den Kassenbericht. In der Ausgabe ist eine Unterstützung von 35 Mk. unbegriffen, die wir zum ersten Male als Umzugskosten gezahlt haben, und zwar an den Kollegen Stoh, unseren seitherigen Bevollmächtigten, der nach der Schweiz verzogen ist. — Sodann wurde über Anträge zum Verbandstage beraten. Hierbei war schon in der Versammlung vom 26. März debattiert und hatte Schumacher unter anderem beantragt, eine Änderung des § 20 im Statut zu beantragen. Schumacher wurde dann beauftragt, die betreffenden Wünsche in Form von Anträgen der nächsten Sitzung vorzulegen. Der erste Antrag lautet nun:

„§ 20. Ausgesteuerte Mitglieder treten nach Ablauf einer 26wöchigen Karenzzeit sofort wieder in den Genuß ihrer vorher bezogenen Unterstützungs-kasse.“

In der Begründung führte Schumacher aus, daß eine Härte darin liege, wenn die ausgesteuerten Mitglieder nach überstandener Karenzzeit stets wieder von vorn anfangen müssen, und namentlich die älteren, langjährigen Mitglieder stehen gegenüber den jüngeren ungünstig da. Er halte übrigens eine Karenzzeit von 13 Wochen für genügend, habe aber von der Stellung in dieser Fassung abgesehen, da diese Form eine Zustimmung doch nicht erhalte. Die Versammlung beschloß zustimmend. Der zweite Antrag lautet:

„Vierteljährlich wird vom Zentralvorstand ein Verzeichnis der Adressen der Bevollmächtigten und Unterstützungsanzahler in Broschürenform herausgegeben und an die Zahlstellen nach Bedarf kostenlos abgegeben.“

Der dritte Antrag lautet:

„Alljährlich wird vom Verband ein Almanach nach Art des Leoschen Kalenders herausgegeben, welcher neben den wichtigsten Verbandsbeschlüssen, Notizen, Adressen, die wichtigsten Arbeiterversicherungsgesetze usw. enthält.“

Zu letzterem Antrag führte Schumacher aus, daß der Verband an Stelle des Leoschen Kalenders ein Nachschlagewerk herausgeben könne, welches für die Mitglieder von weit größerem Nutzen sein würde und zum Selbstkostenpreise abgegeben, auch nicht teurer würde wie der Leosche. Beide Anträge wurden von der Versammlung akzeptiert und Beere beauftragt, diese Anträge dem Verbands-vorstand einzureichen.

Unsere Zahlstelle ist momentan durch die Abreise des oben erwähnten Kollegen Stoh, sowie des Kassierers Gladiszensky und zweier anderer Mitglieder etwas geschwächt. Die übriggebliebenen können aber den Geschiedenen keinen besseren Dank für ihre Wirksamkeit abstaten, als daß sie mit doppeltem Eifer an der Erhaltung der Zahlstelle arbeiten und die Zahl der Mitglieder wieder zu erhöhen suchen. Von den älteren Mitgliedern sind jetzt nur noch drei Kollegen am Orte.

Zwidau. Es werden sich gewiß manche Kollegen, die früher in Zwidau vergebens ver sucht haben, der Organisation Eingang zu verschaffen, freuen, wenn sie aus nachfolgendem ersehen, daß es endlich in Zwidau vorwärts geht, sind wir doch in der angenehmen Lage, sagen zu können, daß die Zwidauer Buchbinder zu 25 Prozent organisiert sind.

Sonabend den 16. April war eine öffentliche Versammlung anberaumt, wozu Gauvorsitzender Pfüge als Referent erschienen war. In seinen Ausführungen machte er die Anwesenden, worunter mehrere Nichtmitglieder waren, mit dem Zwecke

und Ziele des Verbandes bekannt. Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Organisationsbestrebungen der Handwerkerschichten besprach er die heutigen Gewerkschaftsbewegung, dabei besonders die Errungenschaften des Buchbinderverbandes als Beispiel anführend, woran Redner dann eine Erläuterung über die Vorteile und die Errungenschaften unseres Verbandes knüpfte.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: „Welche Aufgaben harren des nächsten Verbandstags?“ wies Pfüge darauf hin, wie notwendig es ist, den Beitrag zu erhöhen, um die Unterstützungssätze weiter auszubauen. Er streift dabei auch den § 20 des Statuts, der einer Ummodelung bedürfe. Nach kurzem Hinweis darauf, wie notwendig es ist, einige besoldete Gaubeamte anzustellen, forderte er die Kollegen auf, daß auch sie ihre Meinung zu den Ausführungen äußern sollen.

In der Diskussion beteiligten sich Grimmer, Seiß und Franck. Es war dabei zu konstatieren, daß man einem erhöhten Beitrag nicht abgeneigt ist, jedoch wird verlangt, daß mehr darauf hingearbeitet werden soll, daß die Lohnverhältnisse in der Provinz besser werden, denn bei Löhnen von 12 und 14 Mk., wie man sie tatsächlich noch antrifft, fällt es einem schwer, 40 oder 50 Pf. Beitrag zu zahlen. Seiß macht darauf aufmerksam, daß, wenn die Lohnverhältnisse besser werden sollen, vor allem die Kollegen sich in der Organisation zusammenschließen müssen, damit wir ein respektierendes Ganges bilden, dann können wir auch Forderungen an unsere Prinzipale und Meister stellen.

Zum Schluß stellte Seiß folgenden Antrag zum Verbandstag:

„Die Zwidauer Kollegen sprechen sich für eine Beitragserhöhung aus und stellen den Antrag, für die Nebenbranchen und Kollegen der Provinz 40 Pf. und für die Städte, wo der Tarif besteht, 50 Pf. als Beitrag zu erheben und dementsprechend die Unterstützung, insbesondere für die älteren Kollegen, weitgehender auszubauen. Weiter erachten sie eine Aenderung des § 20 des Statuts für notwendig.“

Nachdem Pfüge die Erschienenen, soweit sie nicht organisiert sind, zum Eintritt in unsere Reihen aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der Versammlung, die das günstige Resultat hatte, daß sich wieder 7 Kollegen anmeldeten, so daß sich in Zwidau nunmehr 24 Mitglieder befinden. Beschämend ist es aber für die Kollegen der lithographischen Anstalt von Förster & Vorris, daß sie aus dieser größten Werkstube am Orte, in der das ganze übrige Personal organisiert ist, die einzigen unter den hiesigen Kollegen wieder waren, die unserer Einladung nicht gefolgt sind. Dasselbe ist von den Kollegen bei A. Scherel zu sagen; außer diesen beiden Werkstuben sind sämtliche Kollegen jetzt in unserem Verband.

Zuletzt teilte Pfüge noch mit, daß nunmehr der Gründung einer Zahlstelle in Zwidau nichts mehr im Wege stehe, man solle aber streng darauf sehen, daß dann auch dieser Baustein dem Deutschen Buchbinderverband erhalten bleibe.

Dresden. Die am 16. April abgehaltene Versammlung beschäftigte sich namentlich mit der Besprechung von Anträgen zum Verbandstag. Der Vorsitzende leitete den von der Dresdener Zahlstelle gestellten Antrag mit, betreffend Einführung eines Staffelleitungs, demzufolge folgende Paragraphen unseres Statuts geändert werden sollen:

§ 7 soll Absatz 1 gestrichen werden und dafür soll es heißen: Der wöchentliche Beitrag beträgt für die 1. Kl. 15 Pf., für die 2. Kl. 25 Pf., für die 3. Kl. 35 Pf. und für die 4. Kl. 50 Pf., und ist im voraus zu entrichten. Zur 1. Kl. dürfen nur weibliche Mitglieder steuern, zur 2. Kl. gehören diejenigen Mitglieder, deren Durchschnittslohn unter 18 Mk., zur 3. Kl. diejenigen, deren Durchschnittslohn unter 24 Mk., und zur 4. Kl. diejenigen, deren Durchschnittslohn 24 Mk. und mehr beträgt. Jedem Mitglied steht es frei, sich einer höheren Klasse anzuschließen, als der, zu der er seinem Durchschnittslohn nach gehören würde.

§ 15 soll gestrichen werden und folgende Fassung erhalten: Arbeitslosen Mitgliedern kann eine Unterstützung gewährt werden, dieselbe richtet sich nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Klasse, zu der er steuert.

Es können nach einjähriger Mitgliedschaft gewählt werden: An Mitglieder 1. Kl. 50 Pf. pro Tag, 2. Kl. 60 Pf. pro Tag, 3. Kl. 75 Pf. pro Tag, 4. Kl. 100 Pf. pro Tag. Die Unterstützung beginnt mit dem vierten Tage der eingetretenen respektive angemeldeten Arbeitslosigkeit, und endet, sowie das Mitglied wieder in Arbeit tritt, andernfalls spätestens am fünfzigsten Unterstützungstage. Nach dreijähriger Mitgliedschaft erhöht sich die Unterstützung um 20 Pf. pro Tag, nach fünfjähriger um 30 Pf. und nach zehnjähriger um 40 Pf. pro Tag.

§ 20 ist ebenfalls zu streichen und dafür soll es heißen: Mitglieder, welche den Höchstbetrag innerhalb eines Zeitraums von 52 Wochen erhalten haben, können erst nach Ablauf eines Jahres wieder Unterstützung erhalten. Jede erhaltene Unterstützung, welche nicht über 52 Wochen zurückliegt, wird daher bei Neueintretender Arbeitslosigkeit auf die zu beanspruchende Unterstützung in Anrechnung gebracht. Mitglieder, welche aus einer niederen in eine höhere Klasse übertritten oder umgekehrt, verbleiben hinsichtlich ihrer Unterstützungsansprüche die nächstfolgenden 52 Wochen in der Klasse, der sie vorher angehörten.

Zur Begründung dieses Antrags führte D. Kohl u. a. an, daß durch die Einführung eines Staffelleistungsbeitrags es allen Kollegen, welche einen geringen Verdienst haben, ermöglicht werde, dem Verband beizutreten; namentlich im Erzgebirge, wo noch sehr niedrige Löhne bezahlt werden, würden dann die Kollegen viel eher für den Verband zu gewinnen sein. Zettel erklärt, daß es ein großer Rückschritt wäre, wenn der Staffelleistungsbeitrag eingeführt würde. Ein großer Teil der Kollegen könne den hohen Beitrag bezahlen, sie wollen ihn nur nicht zahlen; er erblicke im Staffelleistungsbeitrag kein Allheilmittel, denn wer nichts vom Verband wissen will, kommt dann auch nicht bei niedrigen Beiträgen. Liebernickel tritt für den Staffelleistungsbeitrag ein. Er weist auf die schlecht entlohnerten Kartonnagearbeiter hin, und hofft, daß die alle für den Verband zu gewinnen wären, wenn der Staffelleistungsbeitrag eingeführt würde. Auch Werner äußert sich in derselben Weise und kann es nicht als einen Rückschritt bezeichnen, wenn ein Staffelleistungsbeitrag eingeführt würde, er glaubt im Gegenteil, daß gerade durch die Einführung desselben der Verband einer großen Masse schlechtentlohneter Berufsgenossen entgegenkommen würde, außerdem blieb es doch jedem freigestellt, in eine höhere Klasse einzutreten. Böhm erklärt sich gegen den Staffelleistungsbeitrag, er weist auf die anderen Gewerkschaften hin, die alle bestrebt sind, ihre Beiträge zu erhöhen, und hier in Dresden will man statt vorwärts rückwärts gehen. Klein erklärt, nur dann für einen Staffelleistungsbeitrag zu sein, wenn der Mindestbeitrag für männliche Mitglieder 35 Pf. beträgt. Nachdem sich noch mehrere Kollegen gegen den Antrag ausgesprochen, wird der Antrag mit großer Majorität abgelehnt.

Ein zweiter Antrag, der besagt, daß in Gauen oder Zahlstellen mit über 500 Mitgliedern ein besoldeter Beamter angestellt werden soll, wird von Jenrich in ausführlicher Weise begründet. Er führt an, daß durch Anstellung eines besoldeten Beamten die Agitation viel mehr noch entfaltet werden könnte, wie es jetzt der Fall ist. Es sei doch klar, daß ein angestellter Kollege die Bewegung bis ins kleinste verfolgen und dadurch unseren Zahlstellen viel mehr nützen kann. Um nun den Antrag annehmbar zu machen, soll die Verbandskasse die vollen Kosten tragen, bis die betreffende Zahlstelle eine Mitgliederzahl von Tausend erreicht hat. Von da ab sollen die Kosten dann zu gleichen Teilen von der Verbands- und Lokalkasse getragen werden. Selbstverständlich dürfen die Kollegen nicht glauben, daß mit dem Tage, an dem ein besoldeter Kollege angestellt wird, sie die Hände nun in den Schoß legen können; nein, es ist Pflicht eines jeden Kollegen, nach wie vor für den Verband zu arbeiten. Redner weist noch darauf hin, daß auch andere Gewerkschaften bestrebt sind, besoldete Beamten anzustellen und bittet für den Antrag zu stimmen.

Nachdem noch einige Kollegen für den Antrag gesprochen, wurde derselbe gegen eine Stimme angenommen.

Ein Antrag, den Verbandsvorstand zu ersuchen, alle mit uns im Gegenständigkeitsverhältnis stehenden

ausländischen Berufsverbände zu unserm Verbandstag einzuladen, behufs gegenseitiger Aussprache, wurde einstimmig angenommen.

Es wurde ferner noch beantragt, im § 1 das Wort: „Portefeuille“ zu streichen, sowie im § 60 hinter die Worte: „der Verbandsvorstand“ einzufügen: „in Verbindung mit dem Ausschuß“.

An Stelle Neuhäuser wurde Kohl als Revisor gewählt. Ferner wurden B. Kohl, D. Kohl und Jenrich als Kommission zur Übernahme der nötigen Vorarbeiten zum Verbandstag gewählt.

Luckenwalde. Die elfstündige Arbeitszeit, dieser Schandfleck, ist in der Papierwarenindustrie Luckenwaldes verschwunden; das ist das Fazit unserer bisherigen Organisationsstätigkeit. Nachdem schon seit Neujahr 1903 im größten Betrieb, bei der Firma Henschel, die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt war, ist sie seit Anfang April allgemein gang und gäbe. Die Verbandskollegen in den anderen beiden Fabriken, in welchen die Organisation vertreten ist, traten im Anfang dieses Jahres an die Fabrikanten heran und beantragten die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit. Anfänglich wollten die Herren nichts davon hören, aber Beharrlichkeit führte auch hier zum Ziele. Die Lohnverhältnisse sind bei dieser „Lohnbewegung“ allerdings nur insoweit aufgebessert worden, als der Verdienst der Lohnarbeiter derselbe geblieben ist wie bei der elfstündigen Arbeitszeit. Viel ist es nicht, was erreicht wurde, aber immerhin ein Anfang ist gemacht, ein Anfang, der den Kollegen und Kolleginnen zeigen muß, daß durch die Organisation etwas zu erreichen ist. Mit Recht konnte Bergmann-Berlin in der gut besuchten öffentlichen Versammlung, welche vor einigen Wochen tagte, sagen, daß die erste Stufe zur Besserstellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Luckenwalde erreicht ist, und wer erst den einen Schritt getan hat, wird bald auch weitere Schritte wagen. — Und wahrlich, an der Zeit ist es, daß baldigst weitere Schritte getan werden, um die zum Teil erbärmlichen Lohnverhältnisse aufzubessern. Dazu ist es notwendig, daß die Organisation sich immer mehr ausbreitet und der Gedanke der Kollegen und Kolleginnen stets nach vorwärts gerichtet ist.

Göttingen. Am Sonntag den 17. April war Kollege Mehrmann im Auftrag des Gauvorstandes nach hier gekommen. Leider war die Versammlung trotz reger Agitation bloß von hiesigen und einem Einbecker organisierten Kollegen, außerdem auch von mehreren Buchdruckern besucht. Als Thema hatte Mehrmann gewählt: Die Aufgaben des Verbandes. An der Hand eines reichlichen Materials behandelte er in vorzüglicher Vortragsweise die Erfolge seit der Entstehung des Verbandes bis zur Jetztzeit. Im späteren Verlauf des Vortrags ging er auf die verschiedenen Anträge und Vorschläge ein, die zu dem diesjährigen Verbandstage gestellt wurden, betonte aber zugleich, daß es ohne eine Erhöhung des Beitrags nicht abgehen würde, denn wenn der Verband etwas leisten sollte, müßte er auch Geld dazu haben und dementsprechend höhere Beiträge erheben; er wies dabei besonders auf die Buchdrucker hin. Sodann ging Mehrmann auf die trostlosen Lohnverhältnisse hier am Platze ein und meinte, Göttingen müßte sich schämen, Löhne von 9, 10, 12, 15 Mk. noch verzeichnen zu können, wo die Einbecker Kollegen 18 Mk. bekämen. Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen sich fest zusammenzuschließen und alle Kräfte anzuspinnen, um auch die indifferenten Kollegen zu gewinnen, schloß Mehrmann seinen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag.

In der Diskussion ging Lesche an die hiesigen Verhältnisse näher ein und schilderte insbesondere die erbärmlichen Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Briefordnerfabrik von Emil Mehle. Er ist der Meinung, falls die Kollegen keine Mühe scheuten, um auch die Arbeiterinnen daselbst für uns zu gewinnen, daß dann die zwei übrigen bei der Firma beschäftigten Kollegen bald isoliert daständen; die beiden indifferenten Kollegen würden schon noch den Dank ernten für ihr unkollegiales Verhalten. Neuter schließt sich den Ausführungen an und ermahnt, nicht so ängstlich zu sein, denn nach einer solchen Werkstube, wie Mehle, sehnte sich niemand. Auch Mehrmann meint, nur durch Bepredigung solcher Zustände in der Öffentlichkeit wäre etwas zu erzielen und müßten alle solche Fälle, wie der heute vorgebrachte, an den Pranger gestellt werden.

Zum Schluß sprach der Vorsitzende der Zahlstelle des Buchdruckerverbandes Bornemann, der schilderte, unter welchen ungünstigen Verhältnissen sie hier angefangen hätten, ihre Organisationsideen auszubreiten und mit welchen Schwierigkeiten sie auch jetzt noch zu rechnen hätten; leider heimften die nichtorganisierten Kollegen die Früchte mit ein, die ihnen gar nicht zukämen. Niemanden dürfte es abhalten, trotz alledem für die Organisation zu arbeiten. Hierauf schloß Kollege Lesche die Versammlung. Der Nachmittag wurde zu einem gemeinschaftlichen Ausflug mit Familien benutzt.

Am 13. April war Gesellenausschußwahl und wurden die von uns aufgestellten Kandidaten: Theune, Heinemann und Lesche, Erbsamänner: Fehrensens, Sebold und Hampigs gewählt.

Hildesheim. Am 16. April fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt, in der der Vorsitzende den Geschäfts- und der Kassierer den Kassenbericht gab. Bei letzterem erwähnte der Kassierer, daß Louis Krüger, der mehrere Jahre Mitglied ist, mit acht Wochen Rest aus dem Verband ausgetreten sei. Derselbe sei jetzt in einer Tapetenfabrik, habe dort eine gute Stelle, so daß er glauben, den Verband nicht mehr zu brauchen, die 35 Pf. seien für ihn weggeworfenes Geld; er sei jetzt im Kriegerverein. Sodann entpaukte sich eine längere Debatte über den im Bericht des Gauen VIII mit Bezug auf unsere Zahlstelle gebrauchten Ausdruck Schmerzenskind. Derselbe scheint uns nicht so recht am Platze zu sein, da sich unsere Zahlstelle des besten Wohlbefindens erfreut. Ein bißchen kränkelt schließlich jede Zahlstelle und ein besonders gesundes Klima für die Organisation ist Hildesheim gerade nicht. Daß unsere Mitgliederzahl zurückgegangen ist, liegt hauptsächlich daran, weil die Herren Prinzipale hier so mit Vorliebe Lehrlinge beschäftigen. Prinzipale, die früher einen Gehilfen beschäftigten, behelfen sich heute mit Lehrlingen, um den schweren Wochenlohn, welcher hier gezahlt wird, zu sparen. Daß bei solchen Verhältnissen die Mitgliederzahl nicht steigen kann, wird einem jeden einleuchten. Trotzdem behaupten wir, daß unsere Mitgliederzahl sich im Verhältnis wohl mit jeder Zahlstelle messen kann. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, in Zukunft der Zahlstelle noch mehr Interesse entgegenzubringen, da dies unbedingt erforderlich sei, wenn für Hildesheim einmal bessere Verhältnisse geschaffen werden sollen. Redner spricht die Hoffnung aus, daß auch bei den alten Kollegen das Pflichtgefühl wieder wach werden und sie sich auch wieder an den Versammlungen beteiligen mögen.

Mech. Am 27. März hielten wir unsere Generalversammlung ab, welche gut besucht war. An Stelle unseres bisherigen Vorsitzenden Bincon, der von hier abreiste, wurde Winkmann gewählt. Leider hatten wir im ersten Quartal neben einer Aufnahme schon Austritte zu verzeichnen.

Die hiesigen Verhältnisse wurden einer eingehenden Bepredigung unterzogen. Die Löhne sind hier sehr niedrig und stehen in keinem Verhältnis zu den teuren Lebensbedürfnissen, man muß sich wundern, wie die Kollegen damit auszukommen vermögen. Dabei existiert in einigen Werkstätten noch eine Arbeitszeit von 11 bis 11 1/2 Stunden pro Tag. Es muß unsere Aufgabe sein, dieses baldigst zu regeln. Auch kommt es hier vor, daß Mädchen an der Schneidemaschine beschäftigt werden. Besonders hervorgehoben wurde das Verhalten der beiden Firmen Bayer und Sturzenbäcker, welche alle an der Agitation sich beteiligenden Kollegen bei ihren Prinzipalen denunzieren, um sie aus Mech herauszubringen, die Mittel, welche dabei angewandt werden, kennzeichnen diese Herren selbst. In der Buchdruckerei Ewen wurde ein organisierter Kollege einfach vor die Alternative gestellt: entweder aus dem Verbandsverbande auszutreten oder seine Stelle aufzugeben. Das Verhalten eines Kollegen Nachwüth verdient noch hervorgehoben zu werden. Dieser zeigte bei Gründung der Zahlstelle großes Interesse, wie sich jedoch herausstellte nur zu dem Zwecke, um den Prinzipalen alles hinterbringen zu können. Es ist nun unsere Aufgabe, auch hier in Mech andere Verhältnisse zu schaffen, wozu wir der Unterstützung der gesamten hiesigen Kollegen bedürfen. Zum Schluß ermahnte noch Bincon alle, unserer Sache treu zu bleiben, dann könne ein Erfolg auch hier in Mech nicht ausbleiben.

Bundschau.

* Die christlich organisierten Buchbinder haben bereits schon eine schlimme Erfahrung hinter sich. Bekanntlich hatte sich in Kevelaar eine christliche Buchbinderorganisation gegründet. Darob wurden die guten christlichen Unternehmer, unter ihnen der apostolische Verlag Wuzon & Becker vorne an, rabiab, gingen in unerhörter Weise gegen die christlichen organisierten Arbeiter vor, beziehnen sie selbstverständlich als Sozialdemokraten und maßregelten sie. Darüber sind selbst die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ und die „Kölnische Volkszeitung“ ungehalten, die dadurch ihr gutes Vorhaben gestört sehen, das mit der Gründung jeder christlichen Organisation erreicht werden soll: den freien Gewerkschaften das Wasser abzugraben und die Arbeiter vor der Sozialdemokratie zu bewahren, und sie lesen den unchristlichen Unternehmern gründlich den Text. Die Auslassungen der „Kölnischen Volkszeitung“ sind interessant genug, daß wir sie hier im Wortlaut folgen lassen:

„Der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die im Laufe des letzten Winters erfreulicherweise am Niederrhein immer mehr einsetzte, werden jetzt leider Hindernisse an einem Platze bereitet, an dem man es am allerwenigsten hätte erwarten sollen. Nachdem man in Kevelaar bereits Zahlstellen des christlichen Holzarbeiter-, Metallarbeiter- und Schuhmacherverbandes gegründet hatte, bildete sich dafelbst jüngst auch eine Ortsgruppe der Buchbinder auf christlicher Grundlage. Veranlassung dazu bot, abgesehen von dem Wunsche der christlichen Arbeiter, sich gewerkschaftlich zu organisieren, auch die Tatsache, daß der sozialdemokratische Buchbinderverband wiederholt versuchte, in Kevelaar Fuß zu fassen und in letzter Zeit auch Mitglieder dorthin verpflanzte eigens zu dem Zwecke, für den sozialdemokratischen Verband zu agitieren. Um so mehr hätte man eigentlich doch die Organisation der Buchbinder auf christlicher Grundlage auch seitens der Arbeitgeber begrüßen sollen, zumal die Arbeiter in sehr maßvoller Weise vorgingen. Trotzdem traten einzelne Fabrikanten schon bald gegen ihre organisierten Arbeiter auf, so daß es teilweise zu einem gegenseitig recht gespannten Verhältnis kam. Erfreulicherweise nahm sich nunmehr der Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumspartei, der in seiner jüngst in Köln abgehaltenen Sitzung von den Vorgängen in Kevelaar Kenntnis erhielt, der Sache an und verhandelte durch eine Kommission mit den Arbeitgebern, was zu dem Resultat führte, daß die letzteren der Kommission gegenüber das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft anerkannten und garantierten, daß in Zukunft keinerlei Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation mehr in ihren Betrieben erfolgen solle. Leider sollte diese Zusicherung aber nur von kurzer Dauer sein, und so geht man jetzt wieder in dem einen oder anderen Betriebe gegen die der Organisation angehörenden Arbeiter mit den verschiedensten Maßregeln vor, ja versteigt sich sogar soweit, daß man durch schriftliche Verträge die Arbeiterschaft verpflichten will, auf Jahre hinaus keiner Organisation beizutreten. Allerdings stellt man dafür eine Lohnerhöhung in Aussicht. Aber mit Geld der Arbeiterschaft ihr wichtigstes Recht, das Koalitionsrecht, gewissermaßen abkaufen zu wollen, ist denn doch eine Maßnahme, die aller christlichen Sozialpolitik und Gerechtigkeit bitterenohn spricht. Es ist in hohem Maße bedauerlich, daß gerade in Kevelaar derartige Dinge passieren können. Ein unglaubliches Maß sozialpolitischer Rückständigkeit ist es, daß sonst christlich denkende Arbeitgeber in unserer Zeit noch ihrer Arbeiterschaft das Koalitionsrecht vorenthalten möchten. Diejenigen, welche es angeht, sollten sich, wenn sie denn gar kein Verständnis für die elementarsten Forderungen der Sozialpolitik des Zentrums haben, wenigstens sagen, daß sie durch ihr Verhalten nur der Sozialdemokratie neuen, höchst willkommenen Agitationsstoff geben und die dortige Arbeiterschaft mit aller Gewalt in das Lager der Sozialdemokratie treiben. Die Verantwortung ruht auf den Arbeitgebern. Man sollte sich daher schleunigst in beiderseitigem Interesse des Versprechens erinnern, das man der Kommission des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei gegeben hat, sonst sind die Folgen des den Organisationsbehörden der christlichen Arbeiterschaft feindlichen Verhaltens nicht abzusehen.“

Das heiße Bemühen der Volkszeitungsmänner, die Unternehmer zur Umkehr von ihrem ungesetzlichen Wege zu veranlassen, ist recht verständlich, wird aber jedenfalls ohne Erfolg bleiben. Ob sozialdemokratisch oder christlich gesinnte Arbeiter — die

Unternehmer bringen ihnen gegenüber die gleichen Mittel in Anwendung: Unterdrückung, Maßregelung, Wortbruch, Nichterhaltung der vereinbarten Löhne usw. Und jeder Arbeiter, der sich etwa erhebt, Lohnforderungen zu stellen, oder der gar nur einer Gewerkschaftsorganisation beiträgt, wird von ihnen unbedenken zum Sozialdemokraten gestempelt. Und die Moral von der Geschichte für unsere christlichen Kollegen? Ihr Sonderorganisationsdünken und alle klugen Worte ihrer zweifelhaften Freunde und schlechten Berater schlißen sie nicht vor der Unterdrückung der Unternehmer; wären sie Mitglied unseres Verbandes — ihr Verweilen bei uns ist ihnen trotz ihrer christlichen Gesinnung durchaus möglich gemacht — so bräuchten sie sich einen solchen Eingriff in ihre persönliche Freiheit und ihr gesellschaftliches Recht nicht gefallen zu lassen.

* Wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern hat der frühere Kassierer Felgentreu unserer Zahlstelle Duisburg-Kuhrort eine empfindliche Strafe erhalten. Bei der Revision fehlten 7. außer einer Summe in der Lokalkasse ca. 90 Mk. für die Zentralkasse. F. wurde vom Gericht diesbezüglich mit vier Monaten bestraft, wobei fünf Wochen Untersuchungshaft nicht in Abrechnung gebracht wurden; bestimmend für diese hohe Strafe waren seine nicht unbedeutenden Verstrafen. F. ist mit einem Tag und später mit einem Jahr Gefängnis wegen Diebstahl vorbestraft. Ein nettes Fräulein, das es bei seinen 20 Jahren und solchen Anfängen seiner Lebenslaufbahn noch weit bringen kann.

* Die Berliner Buchbinderfachklasse, von deren Bildung wir leztlich berichteten, erhält eine jährliche Staatsbeihilfe von 5000 Mk., die ihr auf eine Eingabe des Obermeisters der Innung vom Handelsministerium zugesprochen wurde.

* Über das Buchgewerbe in Stuttgart bringt die „Papierzeitung“ diese Zusammenstellung. Über 2400 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sind in den Druckereien und Buchbindereien beschäftigt, und zwar 1151 Buchdrucker, 875 Buchbinder, 205 Lithographen und Steinbrucker, etwa 92 Chemigraphen, 63 Xylographen und 132 Buchdruckerhilfsarbeiter. Den 1151 organisierten Buchdruckern stehen noch etwa 175 nichtorganisierte und Faktoren gegenüber. Der Aufschwung der letzten zwanzig Jahre ist aus folgender Zusammenstellung der Zahl der Geschäfte zu ersehen; die Zahlen aus dem Jahre 1895 sind in Klammern denen des Jahres 1904 angefügt: Buchdruckereien 59 (41), Buchbindereien und Kartonnagegeschäfte 116 (92), Verlagsbuchhandlungen, Sortiments- und Antiquariatshandlungen usw. 186 (95), Schriftgießereien, galvanoplastische und chemigraphische Anstalten 23 (14), Kupferdrucker und Kupferstecher 5 (3), Linierer 5 (9), Lithographen, lithographische Anstalten und Lichtdruckereien 54 (39), Papier-, Schreibwaren- und Zeichenmaterialienhandlungen 115 (64), Xylographen und xylographische Anstalten 39 (24); Zeitungen und Zeitschriften erschienen gegen Ende des Jahres 160 (75). Abgesehen von den Vergrößerungen vieler Firmen läßt sich auch aus der Geschäftsvermehrung der Aufschwung erkennen. Die Zahl der Arbeiter dürfte in dieser Zeit um zwei Fünftel bis die Hälfte gestiegen sein.

* Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden. Die Aufnahme der Arbeitslosigkeit von seiten des Reichsstatistischen Amtes umfaßt für das erste Quartal dieses Jahres 446 712 Personen gegen 213 262 bei der ersten Aufnahme.

Am 31. März d. J. waren in den angeschlossenen Verbänden, soweit Berichte vorliegen, 7408 Mitglieder am Orte, 1243 außerhalb des Ortes arbeitslos, es sind das 1,9 Prozent aller Mitglieder, über die Nachrichten vorliegen, gegen 2,2 Prozent am 31. Dezember, 1,8 Prozent am 30. September und 3,2 Prozent am 31. Juli. Es ist also gegen die Degebenaufnahme, wie zu erwarten war, eine Besserung eingetreten, mit der fast der günstige Stand vom September vor. J. wieder erreicht ist. Die höchsten Prozentsätze der Arbeitslosigkeit finden sich diesmal bei den Kupfer- schmieden, Gläsern, Bildhauern und Bäckern mit

10,9 Prozent bzw. 9,2 bzw. 8,3 und 7,9 Prozent. Die niedrigsten Prozentsätze von Arbeitslosen dagegen finden sich bei den Schneidern, einzelnen graphischen Berufen und demnächst bei den Metallarbeitern. Eine bemerkenswerte Besserung ergeben die Zahlen für die Verbände der Konditoren, Bildhauer und der graphischen Berufe. Es kamen im ganzen vor 34 470 Fälle von Arbeitslosigkeit. Auf je 100 Mitglieder entfielen im Laufe des letzten Quartals 7,7 Prozent Fälle von Arbeitslosigkeit gegen 8,6 bzw. 8,2 bzw. 7,7 Prozent in den drei vorangehenden Quartalen. Das Ergebnis ist um so beachtenswerter, wenn man erwägt, daß es sich bei dem Quartal Januar bis April um ein Winterquartal handelt. Die Unterstützungssummen am Orte sind in dem letzten Quartal etwas höher gewesen als im vierten Quartal 1903, sie betragen 383 830,07 Mk. gegen 363 385,07 Mk. im vorigen Quartal. Die Reiseunterstützung war dagegen geringer mit 67 369,96 Mk. gegen 102 367,01 Mk. im Vorquartal. Die ganzen Summen entfallen fast ausschließlich wieder auf männliche Arbeiter. Die durchschnittliche Unterstützungssumme am Orte, auf den Unterstützungsfall berechnet, betrug 24,38 Mk., auf den Kopf der Verbandsmitglieder berechnet 0,86 Mk. — Anspruch auf absolute Genauigkeit können diese Zahlen nicht machen, da über mangelhafte Beteiligung der Ortsvereine geklagt wird.

* „25 Jahre Todesursachenstatistik.“ Unter diesem Titel veröffentlicht das kaiserlich-statistische Amt einen Bericht über die Sterblichkeit in den deutschen Orten mit mehr als 15 000 Einwohnern in dem Zeitraum von 1877 bis 1901, von dem wir nach einem Auszug aus dem „Reichsarbeitsblatt“ einiges wiedergeben möchten. Graphische Zeichnungen, die die Sterblichkeitsziffern der zu Gruppen zusammengestellten Erkrankungen zur Darstellung bringen, zeigen, wie fast alle infektiösen Krankheiten in dem Zeitraum eine rapide Abnahme erfahren haben. Die angegebenen Todesursachen beziehen sich auf 100 000 Einwohner. Die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht fiel danach von 357 auf 218, die an Diphtherie und Bräune von 99 auf 31, die an Scharlach von 56 auf 20, die an Unterleibstypus, gastrischem und Nervenfieber von 43 auf 10, die an akuten Erkrankungen der Atmungsorgane (einschließlich Keuchhusten) von 308 auf 258. Dagegen zeigen eine Steigerung: gewaltsame Todesarten und Verunglückungen und, was besonders unerfreulich ist, akute Darmkrankheiten und Brechdurchfall, letzteres Todesursachen, die besonders unter den Säuglingen grassieren. Der Bericht weist auch für diese Zunahme der Krankheitsfälle einen jedermann sofort einleuchtenden, triftigen Grund anzuführen. Er bezeichnet dies als eine Folge der stark vermehrten Teilnahme der Frauen am Erwerbsleben; waren doch zu Beginn des Jahres 1885 nur 7/8 Millionen, Ende 1901 aber 2 1/2 Millionen Personen weiblichen Geschlechts in den Krankenkassen versichert. Je mehr Frauen in das gewerbliche Leben übergehen, um so mehr Säuglingen wird die Mutterbrust entzogen, um so häufiger wird zu Tiermilch und Surrogaten als Ersatz gegriffen. Tiermilch und Surrogate als Nahrung für kleine Kinder steigern aber deren Sterblichkeit ganz ungemein. — Die Sterblichkeitsherabminderung bei den erstgenannten Krankheitsgruppen führt der Bericht zurück auf die Fortschritte der Medizin und Chemie, der antiseptischen Wundbehandlung, Bekämpfung der Ausbreitung der Infektionskrankheiten mittels der Desinfektion, des Bepfeilung des Serum, der Erbauung von Heilstätten usw.; ferner auf die Verbesserungen der Stadthygiene, wie Anlage von Kanalisation, Wasserleitung, Straßenbesprengung, Beseitigung der Abfallstoffe, Anlage von breiten Straßen, Spielplätzen, Bädern usw.; endlich auf die Arbeiterschutzverordnungen und die Nahrungsmittelkontrolle.

* Ein Generalstreik abermals völlig gescheitert. Die Eisenbahner in Budapest traten fast einmütig in den Generalstreik, der viel Aufsehen erregte, zu viel überschweulichen Zeitungsberichten wieder Veranlassung gab, auch ohne Blutvergießen nicht abging, der aber in seinem Ausgang völlig ergebnislos blieb. Neueste Nachrichten besagen, daß die Streikenden sich wieder zum Dienst gemeldet und der Betrieb in vollem Gange auf-

genommen wurde; der Zustand sei in völliger Auflösung. Ein Ausgang, wie ihn fast alle Generalstreiks bisher hatten.

* Der Taff-Wale-Entscheid, der für die englischen Gewerkschaften so verhängnisvoll war, ist, wie telegraphische Nachrichten melden, durch Annahme einer Trades-Union-Bill fast gänzlich beseitigt. Wir kommen gelegentlich und an anderer Stelle noch darauf zu sprechen.

Literarisches.

Die „Neue Zeit“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie (Stuttgart, Dieck Verlag), erscheint in wöchentlichen Heften à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 30.

„Soziale Praxis“, Zentralblatt für Sozialpolitik. (Herausgeber Dr. Ernst Franke in Berlin.) Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. Erscheint jeden Donnerstag. Preis vierteljährlich 2,50 Mk. Erschienen ist Nr. 30.

Briefkasten.

R. Heise. Aufnahme verweigert. W. B. in B. Desgl-ichen; Bericht von Krankenkassenverfammlungen werden nur in großen Ausnahmefällen aufgenommen.

B. K. in Sch. Besten Dank für Aufmerksamkeit und Zusendung, werde davon am Schlusse des Artikels Notiz nehmen.

R. K. in P. Ihr Manuskript ist gegenwärtig auf der Schneidemaschine, um in Halbmeterlängen geteilt zu werden; also in nächster Nummer. Zurückgestellt: Bericht aus Krefeld.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adresse der Tariffkommission Leipzigs: L. Schauble, „Schüttelshof“, Gerichtsweg 14. Jeden Freitag 7 Uhr Sitzung.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Berlin: G. Brüdner, O., Rüdersdorferstr. 65, Du. v. III. Barmen: K. Zimmermann, Sedanstraße 26 v. Duisburg-Ruhrort: Franz Arnzen, Duisburg, Kammerstraße 84 II. Schlez: A. Schönberg, Heinrichstraße 5.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Auszahler.

Gelsenkirchen. Z. M. Müller, Kronprinzenstr. 28 III; von 12 1/2 - 1 1/2 u. 7 1/2 - 8 1/2 Uhr, Sonntags von 12 1/2 bis 2 Uhr. M. 20 Mk. Az. 10 St.

Abrechnungen

vom 1. Quartal 1904 sind vom 20. bis 26. April bei der Verbandskasse eingegangen: Von Altona mit 263,56 Mk., Bant-Wilhelmshaven 63,92 Mk., Barmen 98,75 Mk., Berlin 7500 Mk., Bremen 120 Mk., Bromberg 48,62 Mk., Chemnitz - Mk., Dresden 750 Mk., Duisburg-Ruhrort - Mk., Eisenberg 180,56 Mk., Elberfeld 250 Mk., Erlangen - Mk., Göttingen 41,64 Mk., Flensburg 64,87 Mk., Gera 80 Mk., Glogau - Mk., Hagen 60 Mk., Halle 80 Mk., Heidelberg 49,72 Mk., Kassel 102 Mk., Kaufbeuren 30,99 Mk., Köln 100 Mk., Königsberg - Mk., Konstantz 100 Mk., Krefeld 190 Mk., Lahr 79,73 Mk., Leipzig 5600 Mk., Lübeck 111,05 Mk., Mülheim-Oberhausen 16,46 Mk., Plauen 32,50 Mk., Posen 67,25 Mk., Reutlingen - Mk., Rostock 20 Mk., Solingen-Wald 200 Mk., Steglitz 70,64 Mk., Würzburg - Mk., Gau 9 100 Mk., Gau 11 37,46 Mk., Gau 12 156,41 Mk., Gau 13 400 Mk., Gau 15 221,30 Mk. und vom Gau 16 mit 40 Mk.

G. Saueisen.

Anzeigenteil.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingeführ. Hilfsk.) Sitz Leipzig. 288] [1.40

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Sonntag den 8. Mai, vormittags 10 Uhr, im Kassenlokal (Neustädter Hof)

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Herausgegeben vom Verband durch A. Dietrich, Stuttgart.

Buchbinder-Männerchor Stuttgart.

Samstag den 30. April in Dinkelackers Saalban, Höhenstaufenstraße

KONZERT

unter gütiger Mitwirkung von Fräulein Gretchen Klotz, Konzertsängerin (Alt), Herrn Fred Küfer, Konzertmeister (Violine), Herrn Wilh. Weller, Vereinsmitglied (Tenor). Direktion Herr J. Wengert.

Eintritt im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 40 Pf. pro Person. Anfang 8 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr. [5.60

Nach dem Konzert Ball.

Eintrittskarten im Vorverkauf sind bei sämtlichen Sängern, sowie in folgenden Geschäften zu haben: L. Flühr, Rotebühlstr. 14, G. Eppinger, Schulstr. 18, B. Füller, Hauptkatterstr. 129, P. Bäumel, Hestlach, Möhringerstraße 73, sowie im „Gewerkschaftshaus“, Eßlingerstraße. Zu zahlreichem Besuch ladet Freunde und Bekannte höflichst ein

Der Ausschuss.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch den 4. Mai, abends 1/9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal I)

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: siehe die zur Ausgabe gelangenden Handzettel. [0.90 290] Die Ortsverwaltung.



Unserem ältesten Verbandsmitglied Kollegen

Heinrich Müller

bei seiner Abreise nach Amerika ein [1.70

Herzliches Lebewohl!

Zahlstelle Frankfurt a. M. [291]



Unlieb verspätet.

Unserem werten Kollegen [0.80

R. Gemeinhard

zu seiner Vermählung die

„Herzlichsten Glückwünsche!“

Die Zahlstelle Eisenberg (S.-A.) [292]

Unserem Kollegen [0.70

J. Duseck

zu seiner Vermählung

die besten Glückwünsche.

Die Zahlstelle Bremen. [293]

Ein donnerndes Koch

zur Vermehrung des Familienstammes des Pappschusters [0.70

Richard Nasst

wünschen [294] Die Kollegen der Zahlstelle Braunschweig.

Unseren Kolleginnen [0.80

Marie Betz und Marie Paulus

zu ihrem Geburtstag die

„Herzlichsten Glückwünsche!“

Die Kolleginnen [295] der Firma Friß Schneller & Co., Nürnberg.

Seit 1859 praktisch erprobt

sind die Werkzeuge von F. Klement, Leipzig, Seeburgstr. 36. Dieselben sind dauernd brauchbar und nur direkt vom Erzeuger zu beziehen. [296] 1.20

Existenz.

Eine Stunde Bahnfahrt von Magdeburg in einem Orte von 6000 Einwohnern ist per 1. Juli eine Konkurrenzlose Buchbinderei, verbunden mit Buch- und Papierhandlung, anderweitiger Unternehmungen halber zu dem festen Preis von 6000 Mk. zu verkaufen. Eignet sich auch für jungen ledigen Herrn. Zahlungsfähige Reflektanten belieben Angebote unter R. H. 2000 an die Exped. der Buchb.-Ztg. zu richten. [297] [1.30

298] Für einen jungen Mann, [1.60

der 2 Jahre die Buchbinderei erlernte, in Folge längerer Krankheit gezwungen war, seinen Platz aufzugeben, wird am liebsten in einer kleinen Stadt eine Stelle gesucht, wo derselbe unter direkter Leitung des Herrn seine Lehrzeit beenden kann. Gewünscht wird freie Station bei dem Lehrherrn. Offerten bitte an den Vormund B. Schmütz, Hamburg, Klosterallee 108, zu richten.

Ein Buchbindergehilfe, der Östern jünger, ausgebildet, hat, sucht zur weiteren Ausbildung in einer kleinen Buchbinderei zum 1. Juni Stellung. [1.00 299.] H Wildgrube, Delfau, Oranienstr. 22 I.

Stui-Arbeiter,

gut geübt auf Schmuck, sowie Silber-Stuis, findet dauernde Stelle in der Stui-Fabrik von [1.60

Hugo Reimer, Kopenhagen.

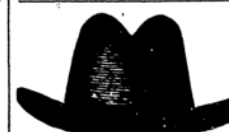
MARMORFARBEN AUS PFLANZENFARBSTOFF GROSSE NIEDERLAGE BEI HALBER P. SZIGRIST LEIPZIG, THALSTR. I

Achtung!

Mache hiermit sämtliche Kollegen darauf aufmerksam, daß ich in der Zimmerstr. 19, Ecke Friedrichstr., ein

Zigarrengeschäft

eröffnet habe, und bitte um regen Zuspruch. Mit kollegialischem Gruß [2.00 Berlin. [302] Paul Gürtler.



L. Flühr, Stuttgart,

303] Rotebühlstr. 14, [1.60 empfiehlt sein reichhaltiges Lager feberleichter, sowie wetterfester Filzhüte, Hochzeitschüte von 4 Mk. an. Neueste Moden Strohhüte in allen Preislagen.

Zur gefälligen Beachtung! Für die laufende Nummer bestimmte Einsendungen sollen spätestens Dienstag früh der Redaktion zugegangen sein. Nur Annoncen können noch bis Dienstag Mittag Berücksichtigung finden.

Herausgegeben vom Verband durch A. Dietrich, Stuttgart.

Berantwortl. Redaktion: Georg Schmidt, Sophienstr. 107. — Druck von J. S. W. Dieck Nachf. (G. m. b. H.) in Stuttgart.